

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 16310.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhager-Gasse Nr. 4 und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Interesse kosten für die Beitzzeit oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Informationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1887.

## Der „kommende Mann“.

Die „Kreuzztg.“ hat vor kurzem unter obiger Überschrift einige Befürchtungen geäußert, daß das unverfälschte reaktionäre System Puttkamer, bei dem sie sich allein glücklich fühlt, zurückgedrängt werden und daß vielleicht Herr v. Bennigsen berufen sein könnte, dem herrschenden System die Signatur zu geben. Vorläufig ist es wohl ausgeschlossen, daß Nationalliberalen zum Mitspielen aus der Schieflage berufen werden; aber es können wohl in der Zukunft Ereignisse eintreten, welche zu dem Versuche führen, dem herrschenden reaktionären System ein scheinliberales Mantelchen umzuhängen, und nach den Handlungen, die Herr v. Bennigsen schon durchgemacht hat, halten wir es nicht für unmöglich, daß derselbe seinen einst so angehobenen Namen dazu hergibt, mit demselben ein solches System zu decken. Wer hätte es denken sollen, daß Herr v. Bennigsen noch einmal ein Cartell abschlüßen würde, welches seine Parteigenossen in Siegen veranlaßt, ihre Stimmen für Herrn Süder abzugeben? Nach diesem Vorgange halten wir bei Herrn v. Bennigsen für die Zukunft nichts mehr für unmöglich!

Herr v. Bennigsen hat in der Zeit, als ihm in der nationalliberalen Fraktion Männer wie v. Stauffenberg, v. Fordenbeck, Lasker, Rickert, Bamberg u. s. w. die Wage hielten, wirklich dem Liberalismus gute Dienste geleistet. Seit aber Fürst Bismarck die Liberalen nicht mehr unbedingt nötig zu haben glaubte, seit mit dessen Gutherziehung die deutschconservative Partei gegründet und mit Hilfe der Regierung groß gezogen war, seit der Reichskanzler auch Geschäfte mit dem Centrum zu machen begann, hat Herr v. Bennigsen keine für den Liberalismus segensreiche Thätigkeit entfaltet. Freilich meinte er immer, etwas Gutes zu thun; er sah, daß schwierige Zeiten für den Liberalismus kämen; da wollte er für diesen so viel wie möglich noch retten. Wenn Fürst Bismarck durch Gesetz eine rücksichtliche Maßregel auf politischem, wirtschaftlichem oder kirchlichem Gebiete durchzuführen wollte, so machte er Anstalt, als ob er dieselbe mit den Conservativen und dem Centrum durchzuführen wolle. Daß aber sein Landsmann Windthorst zu der bis dahin eingenommenen Rolle gelanzen sollte, die Maßregeln der Regierung zu unterstüzen, war für Herrn v. Bennigsen unerträglich. Er wandte Alles auf, um Windthorst wegzudrängen und selber mit den Conservativen das betreffende Gesetz zu Stande zu bringen. Die alten wirklich liberalen Mitglieder der nationalliberalen Partei suchten ihn davon abzuhalten, sie sagten: wir sind vorwärts mit dem Fürsten Bismarck gegangen, so lange dieser vorwärts ging; aber rückwärts können wir mit ihm nicht gehen. Herr v. Bennigsen indessen sagte sich: „Schlimmer wird es nun einmal. Wenn ich es mitmachen helfe, so kann ich noch hier und da etwas retten; so wird es wenigstens etwas weniger schlimm, als ohne mich.“ Und allmälig war eine Schara neuer Elemente der Partei zugeführt, welche von den alten Grundsätzen des Liberalismus wenig oder nichts wußte; sie folgten Herrn v. Bennigsen und suchten ihn noch immer weiter nach rechts zu drängen.

So drängte sich Herr v. Bennigsen schon 1879 mit einem Theil der nationalliberalen Partei heran, um den neuen schußlöserischen Zolltarif durchzubringen; da bekam aber nicht er den Zuschlag, sondern Frhr. v. Brandenstein. Bei dem ersten Kirchengesetz, welches einen Theil der Jaff'schen Maßregelung abtrug, bei dem Zulagegesetz von 1880, war Herr v. Bennigsen glücklicher. Vom liberalen Standpunkt wäre es weit besser gewesen, wenn man die Regierung den Abbruch der Maßregeln mit den Conservativen und dem Centrum hätte besorgen lassen. Dann hätte der Liberalismus keinerlei Verantwortung dafür zu tragen. Herr

v. Bennigsen drängte aber Dr. Windthorst weg, es gelang ihm, aus der rechten Hälfte der national-liberalen Partei und den Conservativen eine Mehrheit zu bilden, welche einige Abschwächungen erzielte. Was hat er damit gewonnen? Was er gerettet zu haben glaubte, ist seitdem doch schon längst preisgegeben; ja nachdem mit dem Abbruch begonnen, muß der ganze Bau abgetragen werden, um größeren Schaden zu verhüten, und es wäre gut, wenn das so schnell wie möglich geschiehe.

Diesenigen Mitglieder der Partei, welche das Einschwenken nach rückwärts nicht mitmachen, sondern auf liberalem Boden verharren wollten, traten ein paar Monate später aus. Nach der Secession schienen die Nationalliberalen eine Zeit lang besonders ihren Liberalismus betonen zu wollen; seitdem, besonders seit dem Tage von Heidelberg, sind sie immer weiter nach rechts gezogen. Früher stimmt sie doch den Gesetzvorschlägen nur zu, wenn es ihnen gelungen war, einige Verbesserungen dabei durchzusetzen, die schlimmsten Bestimmungen auszumerzen. Der Unfallversicherung und der Börsesteuer haben sie schon zugestimmt, obgleich dieselben ohne und gegen sie zu Stande gekommen waren, und ohne daß ihre Stimmen zu dem Zustandekommen notwendig waren, nur um auch mit dabei gewesen zu sein. Noch im Jahre 1884 nach dem Tage von Heidelberg stellte Herr v. Bennigsen die Bedingung, daß mit dem System Puttkamer ein Ende gemacht werden müsse, wenn die Nationalliberalen die Regierung unterstützen sollten. Jetzt ist er aber dabei, dem System eine neue Stütze zu schaffen.

Wo die nationalliberalen Candidaten jetzt vor einem halbwegs liberalen Publikum sprechen, da bemühen sie sich, in der Wahlbewegung mit den alten liberalen Schlagwörtern zu operieren; sie sagen, daß sie auch alle reaktionären Pläne abwehren würden etc. Einigen von ihnen mag es ja in dem Augenblick, wo sie dies sprechen, voller Ernst sein. Aber wenn sie erst in Berlin sein werden, so werden sie ihre liberalen Verprechungen nicht einlösen können. Seit Heidelberg hat die Partei die Brücken nach links abgebrochen; sie hängt lediglich von der Kunst der Regierung und der Conservativen ab. Wenn die Regierung ernstlich irgend welche reaktionären politischen oder wirtschaftlichen Maßregeln durchzuführen will, so ist die nationallibrale Partei gar nicht mehr im Stande, Widerstand zu leisten. Sie hat in sich keinen eigenen Heil n. br. sie hat lediglich nur noch Bedeutung, wenn sie die Regierungsmaßregeln unterstützt. Wollte sie einer Maßregel, welche die Regierung ernstlich will, Widerstand zu leisten wagen, so würde sie sofort in ihr vollkommenen Nichts zurückgeworfen werden. Das wissen die Herren, darum werden sie ein solches Vagnis gar nicht versuchen. Der „kommende Mann“, vor dem sich die „Kreuzztg.“ fürchtet, würde dem Liberalismus kein Heil bringen. Im Gegenteil! Sein an bessere Zeiten erinnernder Name kann heute nur dazu dienen, der Reaction ein Feigenblatt zu liefern und sie dadurch gefährlicher zu machen. Darum kann uns jede Wahl eines Nationalliberalen, oder eines solchen, der voraussichtlich dieser Partei sich anschließen wird, leicht mehr Unheil bringen, als die eines offenen Reactionärs.

Für jeden wirklich liberalen Mann kann heute nur die eine Parole gelten: Wählte freiwillig!

**Neben die Gold- und Silbergewinnung** des letzten Jahres bringt das New Yorker „Financial Chronicle“ seiner Gewohnheit gemäß in der Nummer vom 22. Januar eine Zusammenstellung, die einiges Interesse bietet. Es sei hier voraus bemerkt, daß die Zahlen sich auf die Zeit vom 1. Januar 1886 bis 31. Dezember 1886 beziehen, während die bereits vor einiger Zeit veröffentlichten des amerikanischen

erwiesen und bewährt, hat es aus des Ritters Wiersberg eigenem Munde gehört, daß er in hartem Wortwechsel des Comthurs Westfal forderte zur Aufhebung von Euch und Auslieferung Eurer Person laut Vertrag an ihn — —

„Heilige Mutter Gottes!“ rief die unglückliche Frau wanstant, überwältigt von Angst und Schrecken. Sich umfaßte sie.

„Da der Comthur Bedenken hatte, flüchtete er lästerlich und hat einen heiligen Eid, sich selbst Recht zu schaffen. Noch diese Nacht bricht er mit seinen Knechten hierher auf, denn es ist seinen Spionen gelungen, Euren Aufenthalt zu erforschen.“

„Laßt ihn kommen!“ rief Anna, sich von Sushy losmachend. „Mit meinen Händen will ich ihn drosseln.“

„Herrin, laßt Ihr es ankommen auf einen Kampf, dann werden wir treuen Männer Euch vertheidigen bis zum letzten Blutstropfen. Vielleicht gelingt es uns, den Böhmisch und seine Anschläge zu Schanden zu machen. Aber wehe dann den Überlebenden! Vor der Ritter Rache, die nur auf eine Ursache lauert, loszubrechen, müßten sie Haus und Hof verlassen und fliehen, fliehen. Anton Westfal ist ein alter Mann!“

„Woran mahnet Ihr mich, Brohm — unterbrach ihn Frau Anna.

„Fliehet, Herrin. Es ist besser so. Herr Johann Westfal hat Eure Flucht klug eingeleitet; sie wird gelingen. Der Wiersberg geht nach Polen. Ist er erst über die Grenze, habt Ihr nichts mehr zu fürchten. Ihr fehret heim. Inzwischen sind Eure Kinder sorglich in Eures alten Nachbarn Haus unter Ursula's und Sushy's treuer Pflege aufgezogen.“

„Er wird sich an meinen Kindern rächen —“

„Nimmer, Frau. Durch Marziale hat er erfahren, daß sie nicht mehr leben. Er wird sie nicht rächen.“

„Frau Groß sah suchend umher und wollte hinausstürzen, da sie die Kinder vermisste. Brohm hielt sie ehrfürchtig voll, aber unerbittlich fest.“

„Herrin, auf meinen Wink hat Sushy sich mit

Münzdirectors Kimball sich auf das Geschäftsjahr der Vereinigten Staaten, nämlich vom 1. Juni 1885 bis 31. Mai 1886 beziehen, also nicht so nahe an den gegenwärtigen Zeitpunkt herankommen. Die Zahlen des „Chronicle“ sind für Nordamerika der Statistik entnommen, welche die große, das Transportgeschäft betreibende Firma Wells, Fargo & Co. jährlich durch eines ihrer Mitglieder, Herrn Valentine, nach sorgfältigster Beobachtung zusammenstellen läßt. Da sie die durch Verschiffung und Landtransport beförderten Metallvorläufe zu Grunde legt, so sind außer dem in dem Gebiet der Vereinigten Staaten selbst gewonnenen Metall auch die Produkte des Gebiets westlich vom Missouri, British Columbia, und die Zufuhren von der Westküste Mexicos nach San Francisco mit einbezogen.

Der Bericht des „Chronicle“ stellt nun als das Beachtenswerthe voran, daß beinahe überall die Produktion sowohl von Gold als von Silber im letzten Jahr zugenommen habe. Valentine's Zahlen waren für das Jahr 1885 für Gold, nur aus den Vereinigten Staaten (unter Abzug der Zufuhren aus British-Columbia und West-Mexico), 26 393 756 Dollars; für 1886 findet er für das gleiche Gebiet 29 561 424. Die Schätzungen Valentine's stehen gewöhnlich auf Grund seines Systems um etwa fünf Millionen Dollars hinter der Ziffer zurück, welche der amerikanische Münzdirector in Washington findet. Nun hatte der letztere für 1885/86 31 800 000 Doll. gefunden, so daß nach denselben Maßstäben berechnet, die Goldproduktion des letzten Jahres für die Vereinigten Staaten sich auf 34½ Millionen Dollars belaufen wird, was eine namhafte Zunahme bedeutet. Eine neue Erscheinung ist nach dem „Chronicle“, daß die Minen, welche nur Gold liefern, in Abnahme, dagegen die, welche gleichzeitig Gold und Silber geben, stark in Zunahme sind. Die von dem bimetallistischen Blatt daran geknüpfte Folgerung, daß dies für den Bimetallismus im Münzsystem spreche, ist eine ganz willkürliche Theorie. Die Zunahme der Silberproduktion in Nordamerika berechnet Valentine auf 10 Millionen Mark und das Ganze derselben auf 43 Millionen Mark.

Er glebt auch eine Statistik der übrigen Erdtheile, aber da dieselbe nicht auf eigenen Quellen, sondern nur auf Benutzung fremder Nachforschung beruht, so ist ein besonderer Werth ihr nicht beizulegen. Sie gelangt zu dem Ergebnis, daß die Weltproduktion des Goldes im Jahre 1886 stark 400 Millionen M. beträgt, die Silberproduktion stark 44 Millionen. Ob das Silber zum alten Nominalpreis oder zu dem heutigen niedrigen berechnet ist, läßt sich aus den Mitteilungen nicht erkennen.)

Die Ursache der Zunahme der Production und namentlich der des Goldes findet das „Chronicle“ der Haupftache nach in der größeren Ausdehnung der Nachforschungen, dem verstärkten Drang nach Unternehmungen dieser Art und der Verbesserung der Bearbeitungsmethoden, und diese Auffassung hat sehr viel für sich. Sie spricht auch dafür, daß die ganze Erscheinung eine mehr als momentane sein wird.

## Deutschland

„Das Triennat ist der Krieg“ — eine Mustererscheinung politischer Wissenshaftigkeit.

Die größte aller Wahllügen, nämlich zu sagen: „Das Triennat ist der Friede, das Triennat der Krieg“, wird allen Ernstes weiter gehandhabt. So äußerte in einer Versammlung „reichstreuer“ Wähler in Köln am 13. Februar nach einem Berichte der „Köl. Stg.“ der Professor Ziegler aus Straßburg wörtlich folgendes:

Die einzige Möglichkeit haben wir am 21. Februar an der Wahlur e, den kranken Frieden gefund zu machen, wenn wie Männer in den Reichstag schicken, welche bereit sind, für den Frieden einzutreten, und der Friede

Ursula und den Kindern schon hinweggegeben. Es kommt Euch nicht, in läbrendem Abschied Eure Kraft zu erlöpfen. Horch! Ich höre Hufschlag. So mich nicht Alles täuscht, wird es Herr Johann sein, der Euch abzuholen kommt. Um Gottes Barmherzigkeit willen, zaubert keinen Augenblick, mit ihm zu geben. Es könnte sonst zu spät sein. Denkt, welche Verantwortlichkeit Ihr tragt —

In der niederen Thür der Halle stand Johann Westfal.

Edle Frau, vertraut Euch mir an. Ich werde Euch in sicherer Verborgenheit geleiten, so wahr mir Gott helfe!“ sagte er feierlich.

Als Anna noch immer starr und schweigsam verbarrie, trat er näher und fragte traurig: „Könnt Ihr mir nicht vertrauen?“

„Ja, ich kann und will. Bringt mich, wohin Ihr es für gut findet, ich bin bereit.“

Gilfertig hüllte sie sich in ihren Pelz, schlängt ein Tuch um den Kopf und ging hinaus, gefolgt von den Männern. Hinz hielt Westfals Pferd.

„Wo ist der Schlitten?“ fragte Anna.

„Herrin, wollet fürschein nehmen mit dem Platz vor mir auf dem Sattel. Es geht querfeldein über Gräben und steinig Land, wo wir nicht vorwärts können mit einem Gefährt. Vertraut Euch mir, ich kann den Weg und Steg und geleite Euch sicher.“

Wortlos ließ Frau Anna sich von Brohm und Hinz hinausheben aufs Pferd, empfanget und fürglich gehalten von den starken armen Westfalen. Wie auf den Flügeln des saujenden Westwindes flogen sie dahin.

Pötzlich hielt Westfal das schnaubende Ross in seinem Laufe an und lauschte. Er hörte Pferdegetrappel die Landstraße, die er mit seinem Schütting überqueren mußte, daher kommen. Sollte er Deckung suchen und die Reiter vorbeilassen? Sollte er vorwärts reiten? Vorwärts! ermutigte er sich selbst.

Mit wenig Sähen war er über die Landstraße und im gegenüberliegenden Buschwerk verschwunden. Aber die Reiter mußten bei dem aus den Wolken brechenden Mondlicht seine Flucht bemerk haben,

heilt in diesem Moment: Septennat! (Lebhafter Beifall) Das Bündnis zwischen Krieg und Frieden, es schwant an der Wage hin und her. Jeder Stimmzettel, den Sie am 21. Februar in die Urne legen zu Gunsten eines Septennats-Candidaten, er zieht hinunter nach der Seite des Friedens. Auf jedem Stimmzettel, der abgegeben wird für einen Gegner des Septennats, steht Krieg! (Beifall)

Man weiß wahrhaftig nicht, was man mehr bewundern soll: die cynische Gewissenlosigkeit, mit welcher solche Dinge vortragen werden, oder die ungeheure Tiefe des Bildungsgebäudes des reichstreuen Publikums, welches solche kolossalen Albträume mit „lebhaftem Beifall“ aufnahm.

Wenn irgendwo ein einfältiges Bäuerlein sich vielleicht von einem Witbold hat die Mär erzählen lassen, Septennat bedeute siebenjährige Dienstzeit, da kommt Landrat über Landrat, Regierungspräsident und Ministerium, in Weimar wenigstens, und „berichtet“ in amtlichen Erlassen die große Wahllüge, gleich als ob in Wirklichkeit von Seiten des Septennatsgegners solche Abgeschmacktheiten in ernster Agitation angewandt worden wären. Wenn aber mit solchen geradezu frevelhaften Auslassungen, wie die genannte in Köln, ein Unzug grösster Art getrieben wird, da schwatzt alles still. Schön gestern machte, wie wir an dieser Stelle erwähnten, die „B. Stg.“ die Bemerkung, daß eine Belehrung darüber weit eher angezeigt wäre, daß eine Wahl, die Septennat mit der Frage, ob Krieg oder Frieden, schlechterdings nichts zu thun hat.

Nun, mögen die amtlichen Organe schließlich ruhig bei ihrer „Berichtigungs“-Methode nach der einen Seite hin verharren. Wir vertrauen dem gefundenen Sinn der Wähler soviel, daß sie sich nicht, wie jene guten „Reichstreuen“ in Köln, von solchen kriegerischen Ergüssen werden des Verstandes berauben und der Reaction in die Arme treiben lassen, — denn das allein ist der Zweck, weiter nichts!

**L. Berlin, 14. Febr.** [Die Antisemiten und die Nationalliberalen.] Herr Dr. Miquel hat es für angezeigt erachtet, gegen die Unterstellung zu protestiren, als ob er die Gleichberechtigung der Israeliten in Frage zu stellen gewollt sei. Das hat ihn aber nicht verhindert, von der Berliner Cartellgenossenschaft ein Mandat anzunehmen, auf welches er nur mit thätiger Unterstützung seitens der Antisemiten rechnen kann. Nebenbei haben die Berliner Freunde des Herrn Miquel 3 von den 6 Berliner Reichstagswahlkreisen Candidaten der Antisemiten überlassen, welche vor den Herren Süder, Prof. Wagner und Cremer nur das voraus haben, daß sie in den Versammlungen untergeordnete Rollen gespielt haben. Die enge Verbindung zwischen Nationalliberalen und Antisemiten ist auch dadurch erwiesen, daß die ersten Herrn Prof. Wagner, der in Berlin zum Stillschweigen verurtheilt ist, auswärts, z. B. in Kiel, für ihren Candidaten in's Feuer schicken. Allerdings, meint die „Kiel. Stg.“, muß man sagen, daß Herr Commerzienrat Sartori in seiner Candidatenrede Herrn Wagner in geradezu verblüffender Weise vorgearbeitet hat. Wir wüßten keinen Punkt in den Ausführungen des ersten, den Herr Ad. Wagner beanstanden könnte. Es ist die vollkommenen Harmonie zwischen der praktischen Politik der Orthodoxie und dem reaktionären Junkerthum. Dr. v. Bennigsen wird seine Freude daran haben, seine Fahne weht über diesem Bunde.

\* Die Berliner Fleischherinnung hatte, wie neulich gemeldet, es abgelehnt, dem Beschuß der Generalversammlung des Berliner Innungs-ausschusses nachzukommen und die Innungsmitglieder zu den Reichstagswahlen zu Gunsten irgend einer Partei zu beeinflussen. Trotzdem sind, wie die „Allg. Fleischer Stg.“ meldet, der Fleischherinnung jetzt wiederum vom Innungsausschuss Karten

sie bogen auf derselben Stelle vom Wege ab, ihm nach. Der Ritt durch das Buschwerk war den Verfolgern beschwerlich, doch ebenso dem Flüchtenden, obgleich er die Landschaft, die er als Knabe oft durchstreift und eben erst dabei gekommen war, genau kannte. Das Pferd keuchte, es stolperte, es versagte den Dienst.

„Herrin“, sagte Westfal zu der sich zitternd an ihn klammernenden Frau, „wir müssen absteigen und zu Fuß weiter; wir kommen durch das Geistergrupp schneller vorwärts, und seht, dort leuchtet die See auf. Sind wir erst im Boot, sind wir gerettet.“

Er ließ Frau Groß sanft hinab und sprang dann selbst ins Pferde.

Sie zu, wie Du davon kommst, geh' nach Hause“, sagte er zu dem Thier, indem er ihm einen leichten Schlag versetzte.

„Herr Ritter, schaut das reiterlose Pferd“, rief einer der Verfolger.

„So kann er uns nicht entgehen. Vorwärts! Mich gefüsst, dem abgelegten Reiter nachzuspüren. Sein Gewissen schien nicht rein zu sein, da er so fluchtartig davonwollte. Sicher liegt er in der Nähe mit verstauchten Gliedern. Steigt ab und sucht!“ befahl dieser seinen Knechten.

Der höhere steigende Mond hatte siegreich das Gewöl durchbrochen und erleuchtete fast taghell die Gegend.

„Da! da!“

zur Wahlagitation für außerhalb übersandt worden. Die Fleißerinnung wird jedoch, ihrem ursprünglichen Beschlüsse getreu, die Karten nicht zur Vertheilung bringen.

\* [Uebergiffe des Sultans von Zanzibar] Die Münchener „Allg. Blg.“ macht darauf aufmerksam, daß der Sultan von Zanzibar bei seiner Beitrittserklärung zur Congo-Akte die im Art. 1 der selben ausgeschriebene Handelsfreiheit für die weiterhin näher bezeichneten Gebiete ausgenommen und damit seine Beitritt des wichtigen Inhalts und vollen Werthes herabstellt. Bei den sonstigen Geslogenheiten des arabischen Sultans könne man seiner Erklärung irgend einen Werth überhaupt nicht beilegen; wie er die Handelsfreiheit Anderer nicht anerkenne, so achte er auch das Eigenthum und Leben der in seinem Lande lebenden Eingeborenen und Fremden nicht im geringsten. Den „Neuesten Nachr.“ folge habe er zu Zanzibar den Scheich Abdalla ben Wasiri, einem Schriftgelehrten und Rechtskundigen, der in die Dienste des Suaheli-Sultans Ahmed von Witu habe treten wollen, gefangen nebmen lassen und trotz der Vermittelung Gustav Denhardt's nicht freigegeben. Es sei dies bereits der zweite Fall, daß Männer, welche in Verbindung mit den unter deutschem Schutze stehenden Sultan Ahmed treten, verschwinden. Die „Allg. Blg.“ hofft, wan werde dieser neuen Gewaltthat des Said Bargash deutscherseits mit Energie entgegentreten.

Greifswald, 12. Febr. Seitens der deutsch-freien Partei des biegsigen Wahlkreises ist dem Greifsw.-Tagebl. zufolge Hr. Riedert zum Kandidaten aufgestellt worden.

Münster, 13. Febr. Die biegsige königl. Regierung hat für den 21. d. Mts. (den Wahltag) alle Maskeraden und das Ertheilen maskirter Personen auf den Straßen und öffentlichen Plätzen bis 6 Uhr Abends verboten. Die Verordnung gilt für den ganzen Regierungsbezirk Münster.

Bremen, 14. Febr. Im Laufe dieses Jahres wird die Agitation für populäre Sparkassenreform wohl wieder anheben. Die Postsparkassenvorlage ist diesen Winter im Reichstag so wenig wieder erschienen als im vorigen; und auch von den Sparkassenverbänden ist es ziemlich still geworden. Dies läßt die Rückstiftung aufbören, welche das Comité des deutschen Sparkassenfanges seit Ende 1886 nahm, der damals betriebenen Ausweitung des westdeutschen Sparkassenverbandes in Essen zu einem allgemeinen Deutschen nicht führend in die Naere zu kommen. Obendrein ist mittlerweile der Oberbürgermeister Hache gestorben, dessen glühendem Eifer man diesen Gefallen hauptsächlich thut. Mittleren Popularisierung der Sparkassen, welche das genannte Comité während der ersten achtziger Jahre betrieb, hat die Thätigkeit des oder der Sparkassenverbände auch nur eine ziemlich oberflächliche Berührung. Ist darin offenbar eine Art Stillstand eingetreten nach dem Stranden des Postsparkassenplans auf der abgeneigten Stimmung im Reichstag, so werden nun von neuem gemeinsame Beweggründe dafür ins Feld geführt werden müssen. Zu diesem Zwecke ist das Comité des Sparkassenfanges durch seinen geschäftsführenden Ausschuß (G. H. Clauffen und A. Lammers hier, B. F. Seiffert in Crefeld, Stadtphysicus Dullo in Brandenburg, Dr. Heyden in Essen, Oberbürgermeister Kunze in Plauen) auf den 26. Februar nach Berlin berufen worden. (W. B.)

Mainz, 13. Febr. Der enorme pecuniäre Schaden, den unsere Stadt durch die Kriegsherrschaften der Conservativen und Nationalliberalen erlitten, ist mit annähernd richtigen Zahlen gar nicht anzugeben, doch steht heute schon so viel fest, daß er unserer Handelswelt auf das ich verste geschädigt hat. So haben beispielweise viele größere auswärtige Fabrikanten ihre biegsigen Lager vollständig geräumt, aus Furcht, daß unsere Stadt bei dem bevorstehenden Kriege gegen Frankreich in erster Linie unter den militärischen Operationen zu leiden haben würde. Nachdem sich nunmehr die Grundlosigkeit der so unverantwortlich herausbeschworenen Kriegserlöste täglich mehr herausstellt, dürfen sich die Verantwortler dieses Wahlmanns kaum über den Dank wundern, den unsere Bevölkerung ihnen wohl am Wahltag ausdrücken wird.

Gießen, 12. Febr. Das biegsche Ministerium des Innern und der Justiz hat dieser Tage hier einen Eingriff in die Wahlbewegung vollzogen, der in weiten Kreisen Aufsehen erregt hat. Der „Jrls. Blg.“ schreibt man darüber: „Schon bei der Reichstagswahl von 1884, in einigen Wahlkreisen auch schon früher, wurden Kundgebungen der Regierung befammt, die an deren Neutralität in Wahlkämpfen ernsthafte Zweifel begründeten. In Gießen war bereits im Herbst 1884 und ist noch mehr jetzt eine Mehrzahl von Lehrern der Realschule, an ihrer Spitze der Director dieser Schule, Herr Rodnagel, für die Wahl des nationalliberalen Kandidaten für Gießen, des Hüttentreibers Hugo Buderns in Hirzenhain, eifrig thätig. In jüngster

mahl ein begeht in Ehren. Er zieht sein Ritterkleid aus und geht als Kammerherr an König Wladislau's Hof mit Dir. Hörl' auf mich; den Himmel auf Erden sollst Du bei mir haben.“

„Die Hölle!“ murmelte Anna bebend, indem das Boot davonstog.

„So wetten wir nicht!“ schrie der Ritter.

Es lag noch ein Boot am Strand. Er befahl seinen Knechten, dasselbe ins Wasser zu schieben.

„Das hat ein Leid, hütet Euch!“ rief der Schiffer warnend herüber.

„Vorwärts, Flüchtlinge!“ donnerte Wiersberg.

Das Boot schwankte in der Brandung. Er sprang hinein und ergriff die Ruder.

„Wiebold, schnell in's Boot! Und Du, Kardus, stelle die Pferde im Tannenfrüge ein, bis wir wiederkommen. Sei auf der Hut vor den Reblichen aus Oliva! Nun, Wiebold? sei kein Hasenfuß. Es hat ein Leid, sagt Du? Unsin! Das ist Kriegslist der Flüchtlinge. So komm Du, Kardus, und las den Feigling bei den Pferden.“

„Herr, zu Lande will ich Euch dienen, treu und ehrlich, aber zu Wasser, Herr!“

Fluchtend stieß Wiersberg allein vom Strand. Mit Aufbietung aller seiner Kräfte ruderte er den Flüchtenden nach und sah mit wildem Entzücken die Entfernung zwischen sich und jenen geringer werden.

„Seid doch nicht so spröde, schöne Graumädel! Mir entflieht Ihr nicht. Ich folge Euch, und wenn's bis an's Ende der Welt ist.“

Verzettlung Euren Freunden! Auch wenn sie mich bei Euch verleumdet und geschändet haben aus eigenmächtigen Gründen.

Ihr sollt die Königin meines Herzens sein! Nur der Liebe zu Euch, Eurem Dienst will ich leben!“

Frau Anna klammerte sich angstvoll an Westfal's Arm. „Er kommt immer näher. Weh' mir! wenn er uns erreicht.“

„Seid ohne Furcht, edle Frau; ich schütze Euch. Ihr habt nichts von ihm zu befürchten.“

Zeit hatte nun ein freisinniger Lehrer, Neallehrer Kahl zu Gießen, die voreilige Ansicht, auch ihm sei die Kundgebung seiner Meinungen gestattet, er unterschrieb daher den Wahlaufruf für den freisinnigen Candidaten Dr. Guislich und beihilft sich an mehreren freisinnigen Versammlungen. Alles in der Voraussetzung, daß Recht sei für alle Hessen gleich. Es ist das Verdienst des Geheimen Oberschulrates Becker zu Darmstadt, vortragenden Rathes im Ministerium des Innern und der Justiz, Abteilung für Schulangelegenheiten, diese Voraussetzung gründlich als irrig nachgewiesen zu haben. Herr Becker erschien hier in besonderer Mission, um Herrn Kahl bei Melbung disciplinären Einschreitens aufzufordern, seine Thätigkeit für die freisinnige Partei unverzüglich einzustellen. Den nationalliberalen Lehrern ist die Thätigkeit für ihre Partei nach wie vor gestattet und sie machen davon den ausgiebigsten Gebrauch.

Mühlhausen i. E., 14. Febr. Die Polizei hielt Haussuchungen. Beim Einwohner, Angestellte in Handelsgesellschaften, wurden verhaftet. Sie sind angeklagt der Theilnahme an Dörpersches Patriotenliga. Es wurden Schriftstücke beschlagnahmt. (Fr. 3.)

#### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Febr. Hier fand am Sonntag ein gemeinamer Ministerrat statt, der endlich Auffällig über die Kosten gegeben hat, welche dem Lande durch die Verstärkung der Armee erwachsen werden. Die Kriegsverwaltung fordert fünfzig Millionen Gulden beabsichtigt vollständiger Ausstattung der Armee, um dieselbe für alle Fälle kriegsbereit zu machen. Nicht einbegripen in diese Summe sind die Geldforderungen für die Ausstattung des Landsturms, hinsichtlich deren beiden Parlamente vorbereitete Vorlagen über je ungefähr 9 Millionen zugehen werden. — Tisza hatte am Montag eine Audienz beim Kaiser, in der angeblich festgestellt wurde, daß eine Annäherung zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung in der Ausgleichsfrage stattgefunden habe.

#### England.

London, 15. Febr. Unterhaus. Bei der fortgesetzten Berathung der Adrede an die Königin wurde ein von Chlemont eingebrachtes Amendment betreffend die Pachtverträge der Landpächter in Schottland nach 55jähriger Debatte mit 198 gegen 96 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde von Campbell ein Amendment betreffend die Errichtung lokaler Röverschaften zur Behandlung lokaler Angelegenheiten in Schottland und anderen Theilen Großbritanniens eingebracht und nach längerer Beratung, bei welcher sich der Secretär für Scotland, Balfour, gegen dasselbe aussprach, wieder zurückgezogen. Die Abreddebatte wurde sodann abermals vertagt. (W. T.)

#### Italien.

Rom, 14. Febr. Vom General Gené ist folgende, heute in Suez ausgegebene Depesche aus Massana vom 9. Februar eingegangen: „Ich benutze den Abgang des Dampfers „St. Gotthard“, welcher 46 Verwundete mitbringt, zur Absendung dieser Depesche. Die Lage ist noch immer dieselbe. Den hier eingelangten Nachrichten zufolge würde der Reges wieder zurückkehren und Truppen nach Alzat fahren. Man versichert ferner, daß der Sohn des Reges ein sehr blutiges, aber erfolgreiches Gefecht mit sudanesischen Aufständischen in der Gegend von Metambe bestanden habe. Ras Alula befindet sich noch in Asmara; er soll sein Lager nach Gura verlegt haben. Ich glaube, daß Major Piano Montag Abend in Asmara angelommen ist, und erwarte noch von ihm Nachrichten.“

#### Rußland.

Warschau, 12. Februar. Gemäß Nachricht aus Petersburg steht der Erlaß eines Waldschutzgesetzes für ganz Russland bevor. Die Grundrisse des Gesetzes enthalten eine Beschränkung des Verfügungsrighets vieler Waldbesitzer, indem ihnen die Ausbeutung ihres Besitzes entweder ganz verboten, oder nur bedingungsweise gestattet wird. Sämtliche Wälder sollen nämlich in 4 Kategorien eingeteilt werden; 1) solche mit absolutem Abholzungsvorbot, 2) solche, zu deren jedesmaliger Fällung größerer Quantitäten Stämme eine Erlaubnis des Forstamts nötig ist, 3) solche mit einmaliger Abholzungserlaubnis, 4) mit unbefrunktem Ausbeutungsrecht. Überhaupt bleiben durch das neue Gesetz die früher notariell abgeschlossenen Contrakte, sowie die Servitutenrechte der Bauern in Polen, Südwestrußland und den baltischen Provinzen. Hingegen sind alle Pribatcontrakte bezüglich Verkauf und Ausbeutung der Wälder, die mit den neuen Verfugungen collidiren, kraftlos. Waldbesitzer, die dem neuen Gesetz zuwiderhandeln, unterliegen der gerichtlichen Verfolgung; die Bestrafung für die unerlaubte Ausbeutung der zur 1. Kategorie gehörigen Wälder besteht in Confiscation des gesäilten Holzes, sowie in einer doppelt so hohen Geldstrafe als dessen Wert. Das neue Gesetz wird zweifellos die Holzverkäufe außerordentlich erschweren; die rückwirkende Kraft desselben ist für

„Die Frau braucht vor dem Ritter da keinen Beschützer“, lachte der Schiffer. „Der rennt von selbst ins Verderben.“

„Das Boot ist leer?“ rief Westfal. „Ihr saget es nicht nur, ihn zurückzurufen, Mann?“

„Hol' mich die Meerfrau, wenn ich je ein wahrer Wort geredet! Der Norweger kann ist heute Mittag damit auf einen Stein aufgeschwommen und hat ein Loch in den Boden gestoßen. Es zieht Wasser wie ein Schwamm.“

Eine wilde Freude bemächtigte sich Annas. Sie machte sich los von den schützenden Armen Westfals und neigte sich vor, den Verfolger anstarrend, als wolle sie keinen Blick von seinem Untergange verlieren. Der Wind zauste ihren Mantel und riss ihr die Kapuze vom Kopf, daß ihr entfesseltes Haar wie flüssig Gold im Lichte des Vollmondes glänzte.

Den Ritter packte es mit Wahnsinns Gewalt. Weit aus griffen seine Ruder, daß das Boot dem verfolgten nachschob wie ein Pfeil, geschnellt von straffer Sehne. Noch einmal durchschritt er die Wasser, noch einmal flossen sie wie eitel Silber von den hochgeworfenen Ründern ab, dann schaute er diese mit wildem Aufschrei weit von sich ins Meer und streckte die Arme über Bord, daß er das erreichte Boot fasse und mit ihm das Kleinod seiner heiligen Wünsche.

Westfal stand mit gesäcktem Messer, dieses Augenblicks barrend, hinter Anna.

Da — ein gurgelnder Laut — das Boot des Ritters versank. Noch stand er aufrecht mit ausgestreckten Armen — dann war auch er verschwunden.

Ringe, enge und weitere, immer weitere tanzten im Mondlicht auf der Stelle, wo Mann und Boot versunken.

„Gerichtet!“ murmelte Anna, bebend in die Knie sinkend.

„Gerichtet!“ wiederholte Westfal, indem er sein Messer zurück in die Scheide stieß. (Forts. f.)

die zahlreichen deutschen Interessenten bedeutungslos, da dieselben gewöhnlich notariell abgeschlossene Kaufsurkunden beijagen. Hingegen droht dem ganzen Export die Gefahr der Einführung eines Ausfuhrzolls für unbecharitetes Holz, für welches die Kommerziellen sich seit längerer Zeit bemühen. Der Finanzminister soll, wie russische Zeitungen melden, dem Ausfuhrzoll nicht abgezeigt sein. (P. 3.)

#### Telegraphischer Spezialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 15. Febr. Der „Reichsanzeiger“ publiziert die gestern vom Bundesrat genehmigte Verhängung des kleinen Belagerungszustandes für die Städte Stettin, Grabow und Alt-Damm, sowie die Amtsbezirke Bredow, Warsow, Schenke und Gütenwalde. Die betreffende Bekanntmachung umfaßt 1) die Vorschrift, daß Versammlungen der säkularischen Genehmigung der Polizei bedürfen, die 48 Stunden vorher nachzusuchen ist; 2) das Verbot der Verbreitung von Druckschriften auf Wegen, Straßen oder Plätzen ohne polizeiliche Genehmigung; 3) die Ausweisungsbefugnis; 4) das Verbot des Waffentragens.

— Die „Nord. Allg. Blg.“ bestätigt jetzt, daß eine kaiserliche Proklamation zu den Wahlen nicht erlassen werden wird.

Fürst Bischof erschien hente doch im Herrenhause, und zwar mit einem so großen Staabe von Ministern und Commissarien, daß man eine große Action erwartete. Eine solche erfolgte zwar nicht, aber der Reichskanzler ergriff doch ein paar Mal das Wort, und er verstand es auch, aus einer der Vorlagen, dem Schlußungsgesetz, einen Auftaktspunkt zu einer kleinen Wahlrede zu gewinnen. Die Regierungsvorlage hätte in der Commission sehr erhebliche Änderungen erfahren; an anderem lag ein Antrag v. Kleist-Reckow vor, der die Schulbaulasten, die in der Vorlage ausdrücklich von den Bestimmungen dieses Gesetzes angewommen sind, in das Gesetz aufgenommen wissen will und bestimmt, daß für die Ausbringung der sämlichen Schulläden, wenn die ursprünglich dazu Verpflichteten durch den Kreisbeziehungsweise Bezirksausschuß davon bereit werden, der Staat einzutreten hat. Dieser Antrag wurde sowohl vom Minister v. Goßler wie vom Reichskanzler lebhaft bekämpft, wobei der letztere hervorhob, daß es sich hier nur um ein provisorisches Gesetz handele, welches man nicht durch zu viel Abänderungen wünsche belasten möge. Die Regierung hoffte, daß sie bald durch ein Schulgesetz ersetzen zu können. Bisher sei ihr in Rücksicht auf die Majoritätsverhältnisse im Reichstag nicht möglich gewesen. Sobald ihr aber durch eine veränderte Zusammensetzung des Reichstags Mittel zur Verfüzung gestellt würden, werde sie sofort ein solches Gesetz vorlegen.

Man sieht also, daß es sich bei den Wahlen nicht bloß um das Septennat, sondern auch sehr um Steuererlassen handelt; aber wenn solche auch zu unseren hunderten von Millionen bewilligt werden, so ist noch weit mehr zu anderen Zwecken versprochen, so daß an die Schulen wohl schwerlich etwas gelangen wird. Die Lehrer sind gewohnt, daß jedes Mal vor den Wahlen ein Dotationsgesetz oder etwas ähnliches austauscht, um nach den Wahlen wieder zu entschwinden.

Herr v. Kleist-Reckow zog in Folge des Widerstandes, den er am Regierungssitz fand, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu gefährden, seine Anträge zurück, worauf das Gesetz in der Regierungsvorlage mit den von der Commission vorgeschlagenen unwesentlichen Änderungen in den beiden ersten Paragraphen angenommen wurde.

Der Rest der Lagesordnung wurde ohne Debatte erledigt. Der Termin für die nächste Sitzung ist unbestimmt. — Die zur Berathung der erwarteten neuen Kirchenvorlage heute gewählte Commission des Herrenhauses besteht aus den Herren Graf zur Lippe, Vorsitzender, Graf v. Brühl, stellvertretender Vorsitzender, Frhr. v. Manteuffel und Graf v. Frankenberg, Schriftschaer, Adams, Dr. Kopp, Graf v. Werwelt, Dernburg, Graf v. Fürstenberg-Stammheim, Frhr. v. Isenburg-Birstein, Graf v. Pfeil, v. Arnim-Deusen, Graf zu Droste-Nestorode, Herzog v. Ujek, Meyer, v. Kleist-Reckow, Oehlschläger, Dr. Beseler, Frhr. v. Hatzfeld-Trachenberg und Frhr. v. Solemacher.

Nach der „Kreuzztg.“ wird die Vorlage dem Herrenhause in den nächsten Tagen zugehen; nach der „Post“ nicht vor dem 20. oder 21. d. M.; nach einer Meldung unseres □-Correspondenten ist überhaupt noch nicht ein definitiver Beschluß gefaßt. — Die „Kreuzztg.“ schreibt: Nach einer hier eingetroffenen Depesche ist von der schon angekündigten Expedition des deutschen Geschwaders zu Zanzibar, welches aus den Schiffen „Olga“, „Carola“ und „Hyäne“ bestehen sollte, die Flaggenhisfung an der Ostküste Afrikas vollzogen worden. Es wurde am 12. Januar die deutsche Flagge bei Kivini, am 15. Januar bei Monnime, am 17. Jan. am Nordende der Mandabucht und am 19. Jan. bei Woko (?) gehisst. Damit ist die ostafrikanische Küste, soweit sie nach dem Londoner Abkommen Deutschland unwiderrührbar gehört, in Besitz genommen.

— 37 katholische Herren aus den Rheinlanden, unter denen sich kein einziger Bürgerlicher befindet, sondern lauter Adlige und Hochadlige, auch an der jüngst als Staatskatholik hervorgetretenen Herrenhausmitglied v. Solemacher-Antweiler kein irgendwie politisch oder sonst bekannter Name, veröffentlichten in der „Kreuzztg.“ einen Aufruf „An unsere rheinischen Landsleute“, in welchem sie dieselben auffordern, mit ihnen zusammenzuwirken für eine katholische conservative Partei. Die „Kreuzztg.“ begrüßt diese Kundgebung als höchst erfreuliche Thatsthe, nicht weil sie sich davon eine Wirkung auf die Wahlen verspreche — das würden, meint sie, die Unterzeichner selbst nicht thun, — sondern weil die „Kreuzztg.“ daraus die Absicht der conservativen Katholiken erkennen, conservative politische Ziele als Partei zu vertreten. „Auf diesem Wege“, schließt die „Kreuzztg.“, „werden wir uns mit den Urhebern dieser Erklärung leicht begegnen.“

Der kirchenpolitische Antrag der Herren v. Hammerstein und v. Kleist-Reckow wird, wie unser □-Correspondent meldet, zunächst das Herrenhaus beschließen, und zwar in veränderter Form. v. Kleist-Reckow hat zwei Anträge vorbereitet und kostetwischen seinen näheren Parteifreunden mitgetheilt. Der eine Antrag enthält einen Gesetzentwurf, welcher hizweit: selbstständige Stellung der Generalsuperintendenten, Gehalts erhöhung g. der Superintendenten und Erweiterung der Befugnisse des Ober-Kirchearths nebst Veränderung seiner Beziehung zum Cultusminister. Es scheine nicht bloßer Zufall, daß die Einführung dieser Anträge bis nach den Reichstagswahlen verzögert ist.

— Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: Wir können mit voller Bestimmtheit versichern: 1) Die Note Jacobius vom 3. Januar ist dem Frhr. zu Frankensteine nicht mitgetheilt worden, vielmehr hat er dieselbe

zum ersten Male in der „Münchener Allg. Blg.“ gelesen. 2) Der päpstliche Nunius in München hat Frhr. zu Frankensteine zur Mithilfe an Windthorst mit dem Gesuch, er möge davon discreten Gebrauch machen, geschrieben: der heilige Vater wünsche, daß das Centrum für das Septennat stimme, weil ihm die Zusticherung geworden, daß eine vollständige Revision der Maigefehle beabsichtigt werde, und daß die desfallsige Vorlage dem nächsten preußischen Landtage gemacht werden solle. Wir sind weiter in der Lage, aus einem Schreiben des Vorsitzenden der Centrumsfraction im Reichstag (v. Frankenstein) an den Nunius in München folgende Hauptstelle mitzuteilen: „Ich brauche nicht sagen, daß das Centrum immer glücklich war, den Beschlüssen des heil. Stuhles nachzukommen, wenn es sich um kirchliche Gesetze handelte. Ich habe mir aber schon im Jahre 1880 erlaubt, darauf anzumerken zu machen, daß es für das Centrum absolut unmöglich ist, bei nicht kirchlichen Gesetzen gegebenen Directiven Folge zu leisten. Nach seiner Ansicht würde es ein Ung



## Bekanntmachung.

In unserm Procurenregister ist heute unter Nr. 736 die Procura des Kaufmanns Pinus Paul Olsendorf zu Danzig für die Firma Danl. Hirsch zu Danzig (Nr. 329 des Gesellschaftsregisters) eingetragen (2828 Danzig, den 14. Februar 1887).

Königl. Amtsgericht X.

## Bekanntmachung.

In unserm Gesellschaftsregister ist heute sub Nr. 324 bei der Firma Danziger Straßen-Eisenbahn eingetragen:

Otto Braunschweig.

Oscar Kupferschmidt eingetragen: An Stelle des verstorbenen Gesellschafters Otto Theodor Braunschweig ist der praktische Arzt Dr. Gustav Ludwig Tornwald in Danzig in die Gesellschaft eingetreten. Die Beauftragte, die Gesellschaft zu vertreten, steht nach wie vor nur beiden Gesellschaftern in Gemeinschaft zu.

Dennmächt ist ebenfalls heute in unser Register über Ausschließung des ehemaligen Güterhauses unter Kaufleuten sub Nr. 449 eingetragen, daß der Kaufmann und praktische Arzt Dr. Gustav Ludwig Tornwald zu Danzig für seine Ehe mit Sophie Ottile Charlotte Braunschweig durch Vertrag vom 17./21. April 1878 die Gemeinschaft der Güter um des Erwerbes mit der Maßgabe aufgeschlossen hat, daß das gegenwärtige und zukünftige Vermögen der Braut und resp. künftigen Ehefrau die Eigenschaft des Eingebrachten haben soll.

Danzig, den 11. Februar 1887.

Königliches Amtsgericht X.

## Gonoursverfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Gottfried Thiel (in Firma G. & G. Thiel) in Elbing ist heute, Vormittags 10½ Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Verwalter ist der Kaufmann Albert Neimer hier.

Offener Arrest mit Anzeigefrist bis zum 7. März 1887.

Anmeldefrist bis zum 23. März 1887.

Gläubiger-Versammlung den 7. März 1887, Vormittags 10½ Uhr, im Zimmer Nr. 12.

Allgemeine Prüfungstermin den 31. März 1887, Vormittags 11 Uhr, ebendafelbst.

Elbing, den 14. Februar 1887.

Groll,

Erster Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts. (2773)

## Bekanntmachung.

In unserer Verwahrung befinden sich seit länger als 56 Jahren die Testamente

1. des Frägers Johann Domański zu Brodzen vom 7. Mai 1828,

2. der separaten Kreis-Chirurgus Justine Goettliche Gründmann, geb. Sadowski vom 19. Oktober 1829,

3. der Witwe Anna Maria Lipska, geb. Schröder in Kl. Krebs vom 5. Juni 1828,

4. des Papiervergeßellen Christian Neumann vom 21. Februar 1829,

5. des Kaufmanns Julius August Christian Mangelsdorff und dessen Ehefrau Jeanette Albertine vom 20. August 1828,

6. der Deconomie-Commissarius Gustav Heinrich und Auguste Emilie Wendland'schen Eheleute vom 27. Dezember 1828.

Den etwaigen Interessenten wird hier von mir der Aufdringung Nachricht gegeben, in 6 Monaten die Publikation dieser Testamente nachzuforschen, widrigensfalls die Öffnung derselben von Amts wegen erfolgen und das ist noch §§ 219 ff. Th. I., Tit. 12, A. L. R. verfahren werden wird.

Marienwerder, den 7. Februar 1887.

Königl. Amtsgericht I.

## Bekanntmachung.

Die Lieferung der Verpflegungs-pp. Bedürfnisse bisheriger Aufhalt vom 1. April 1887 bis zum 1. November 1887 als:

1000 Kg. Gerstenmehl, 1000 Kg. Roggenmehl II, 1000 Kg. Brotmehl, 200 Kg. Weizenmehl, 1500 Kg. Hafergrütze, 1500 Kg. Gerstengrütze, 300 Kg. gebrannter Kaffee, 5500 Ltr. Milch, 400 Kg. Erbien, 2500 Kg. Bohnen, 2500 Kg. Linsen, 90000 Kg. Kartoffeln, 1000 Kg. ord. Graupe, 100 Kg. feine Graupe, 1500 Kg. Reis, 100 Kg. Nudeln, 4000 Kg. Salz, 1000 Kg. Butter, 400 Kg. rohes Schweinenierenfleisch, 400 Kg. roher Kinderriementalg, 225 Kg. geräucherter Speck, 2500 Kg. Rindfleisch, 800 Kg. Schweinefleisch, 400 Kg. Semmel, 1000 Liter Braubier, 15 Kg. Pfeffer, 10 Kg. Lorbeerblätter, 15 Kg. Gewürz (Piment), 20 Kg. Kümmel, 4000 Kg. grobes Roggenbrodmehl, 3000 Kg. feines Roggenbrodmehl, 100 Kg. weise Walzseife, 600 Kg. grüne Natursoße, 400 Kg. Soda, 15 Liter Joghurt, 60 Kg. Schuhwolle, 60 Ries. Strohpapier, 100000 Kg. englische Steinkohlen, 100 Cubit. Eisenkohlenholz, 100 Cubit. Kieserkohlenholz, 700 Kg. Rübbel, 6000 Kg. Petroleum

soll im Submissionswege ausgegeben werden, wogegen versiegelte Offerten mit der Aufschrift:

"Submissions-Offerte auf Ver-

pflegungs-pp. Bedürfnisse" am 15. März 1887, Vormittags 10 Uhr, wodann die Öffnung derselben stattfindet, eingreichen bleiben.

Zum Termine dürfen nur Submissionsen erscheinen, und müssen deren Offerten die genaue Bezeichnung der Artikel, die Preisnotrungen nach Reichswährung in Buchstaben für die Einheiten, ohne Bruchstelle, und die Erläuterung, daß Submittent die Lieferungsbedingungen kennt und dieselben akzeptirt, enthalten. Offerten ohne diese Bestimmungen, sowie solche ohne Waaren-Proben, sind ungültig. Die Vorlegung von Offerten während

des Termins, sowie Angabe von Nachgeboten, ist unzulässig. Gebote mit Einheitsblättern zu 50 Pf. resp. 50 Kr. und 1 Pf. sind ungültig.

Die Ferrenten sind bis zur höheren Entschuldigung, und zwar 4 Wochen vom Tage des Submissionstermins ab gerechnet, an ihr Gebot gebunden. Die Lieferungs-Bedingungen liegen in hohem Anzahl zur Einsicht aus und werden auf Verlangen gegen Entlastung der Selbstosten verabföhrt.

Mewe, den 10. Februar 1887.

Kgl. Strafanstalt-Direction.

## Bekanntmachung.

In unserm Gesellschaftsregister ist heute sub Nr. 324 bei der Firma Danziger Straßen-Eisenbahn eingetragen:

Otto Braunschweig.

Oscar Kupferschmidt eingetragen:

An Stelle des verstorbenen Gesellschafters Otto Theodor Braunschweig ist der praktische Arzt Dr. Gustav Ludwig Tornwald in Danzig in die Gesellschaft eingetreten. Die Beauftragte, die Gesellschaft zu vertreten, steht nach wie vor nur beiden Gesellschaftern in Gemeinschaft zu.

Dennmächt ist ebenfalls heute in unser Register über Ausschließung des ehemaligen Güterhauses unter Kaufleuten sub Nr. 449 eingetragen, daß der Kaufmann und praktische Arzt Dr. Gustav Ludwig Tornwald zu Danzig für seine Ehe mit Sophie Ottile Charlotte Braunschweig durch Vertrag vom 17./21. April 1878 die Gemeinschaft der Güter um des Erwerbes mit der Maßgabe aufgeschlossen hat, daß das gegenwärtige und zukünftige Vermögen der Braut und resp. künftigen Ehefrau die Eigenschaft des Eingebrachten haben soll.

Danzig, den 11. Februar 1887.

Königliches Amtsgericht X.

## Bekanntmachung.

Die Reminisce Messe hier selbst beginnt am

Montag, den 7. März cr.

die Werde-Messe beginnt am

Montag, den 14. März cr.

Frankfurt a. O. 7. Februar 1887.

Der Magistrat. (2711)

Nr. 6 des Neuen Finan- und

Verlosungsblattes von R. Dann in

Stuttgart (½ jährl. 2 A. eins. Ren.

25 Kr.) enthält: "Das Verhalten des

Kapitalisten vor und während eines

Kriegs".

Von G. Glass in London.

Soben erschien:

Die Lage der Landwirtschaft mit ihren Gewerben der Spiritus- und Zuckerindustrie. Vorstudie zu deren Steuerreform. v. H. Bergmann, Czelanopolski, Kurland. — Danzig, Comm. Verlag u. W. Klemann. Br. 1 A. (2785

25 Kr.)

Frische Maränen

Mittwoch am Theater

Krefft. (2824)

Gevannte Chys zu Gypseden

und Täfern offert in Centuren

und Fässern (9917

E. R. Krüger,

Altst. Graben 7-10.

Utensilien für Oelmalerei.

Oelfarben in Tüben, Malfinsel,

franz. Firnis und Paletten

preiswert zu beziehen durch die

Handlung von

Bernhard Braune.

## Bekanntmachung.

In unserer Verwahrung befinden sich seit länger als 56 Jahren die Testamente

1. des Frägers Johann Domański zu Brodzen vom 7. Mai 1828,

2. der separaten Kreis-Chirurgus Justine Goettliche Gründmann, geb. Sadowski vom 19. Oktober 1829,

3. der Witwe Anna Maria Lipska, geb. Schröder in Kl. Krebs vom 5. Juni 1828,

4. des Papiervergeßellen Christian Neumann vom 21. Februar 1829,

5. des Kaufmanns Julius August Christian Mangelsdorff und dessen Ehefrau Jeanette Albertine vom 20. August 1828,

6. der Deconomie-Commissarius Gustav Heinrich und Auguste Emilie Wendland'schen Eheleute vom 27. Dezember 1828.

Den etwaigen Interessenten wird hier von mir der Aufdringung Nachricht gegeben, in 6 Monaten die Publikation dieser Testamente nachzuforschen, widrigensfalls die Öffnung derselben von Amts wegen erfolgen und das ist noch §§ 219 ff. Th. I., Tit. 12, A. L. R. verfahren werden wird.

Marienwerder, den 7. Februar 1887.

Königl. Amtsgericht I.

## Bekanntmachung.

Die Lieferung der Verpflegungs-pp. Bedürfnisse bisheriger Aufhalt vom

1. April 1887 bis zum 1. November 1887 als:

1000 Kg. Gerstenmehl, 1000 Kg. Roggenmehl II, 1000 Kg. Brotmehl, 200 Kg. Weizenmehl, 1500 Kg. Hafergrütze, 1500 Kg. Gerstengrütze, 300 Kg. gebrannter Kaffee, 5500 Ltr. Milch, 400 Kg. Erbien, 2500 Kg. Bohnen, 2500 Kg. Linsen, 90000 Kg. Kartoffeln, 1000 Kg. ord. Graupe, 100 Kg. feine Graupe, 1500 Kg. Reis, 100 Kg. Nudeln, 4000 Kg. Salz, 1000 Kg. Butter, 400 Kg. rohes Schweinenierenfleisch, 400 Kg. roher Kinderriementalg, 225 Kg. geräucherter Speck, 2500 Kg. Rindfleisch, 800 Kg. Schweinefleisch, 400 Kg. Semmel, 1000 Liter Braubier, 15 Kg. Pfeffer, 10 Kg. Lorbeerblätter, 15 Kg. Gewürz (Piment), 20 Kg. Kümmel, 4000 Kg. grobes Roggenbrodmehl, 3000 Kg. feines Roggenbrodmehl, 100 Kg. weise Walzseife, 600 Kg. grüne Natursoße, 400 Kg. Soda, 15 Liter Joghurt, 60 Kg. Schuhwolle, 60 Ries. Strohpapier, 100000 Kg. englische Steinkohlen, 100 Cubit. Eisenkohlenholz, 100 Cubit. Kieserkohlenholz, 700 Kg. Rübbel, 6000 Kg. Petroleum

soll im Submissionswege ausgegeben werden, wogegen versiegelte Offerten mit der Aufschrift:

"Submissions-Offerte auf Ver-

pflegungs-pp. Bedürfnisse" am 15. März 1887, Vormittags 10 Uhr, wodann die Öffnung derselben stattfindet, eingreichen bleiben.

Zum Termine dürfen nur Submissionsen erscheinen, und müssen deren Offerten die genaue Bezeichnung der Artikel, die Preisnotrungen nach Reichswährung in Buchstaben für die Einheiten, ohne Bruchstelle, und die Erläuterung, daß Submittent die Lieferungsbedingungen kennt und dieselben akzeptirt, enthalten. Offerten ohne diese Bestimmungen, sowie solche ohne Waaren-Proben, sind ungültig. Die Vorlegung von Offerten während

des Termins, sowie Angabe von Nachgeboten, ist unzulässig. Gebote mit Einheitsblättern zu 50 Pf. resp. 50 Kr. und 1 Pf. sind ungültig.

Die Ferrenten sind bis zur höheren Entschuldigung, und zwar 4 Wochen vom Tage des Submissionstermins ab gerechnet, an ihr Gebot gebunden. Die Lieferungs-Bedingungen liegen in hohem Anzahl zur Einsicht aus und werden auf Verlangen gegen Entlastung der Selbstosten verabföhrt.

Mewe, den 10. Februar 1887.

Kgl. Strafanstalt-Direction.

## Bekanntmachung.

Die Reminisce Messe hier selbst beginnt am

Montag, den 7. März cr.

die Werde-Messe beginnt am

Montag, den 14. März cr.

Frankfurt a. O. 7. Februar 1887.

Der Magistrat. (2711)

Nr. 6 des Neuen Finan- und

Verlosungsblattes von R. Dann in

Stuttgart (½ jährl. 2 A. eins. Ren.

25 Kr.) enthält: "Das Verhalten des

Kapitalisten vor und während eines

Kriegs".

Von G. Glass in London.

Soben erschien:

Mittwoch, 16. Februar 1887.

## Freisinnige Wähler-Versammlung

im Schützenhause zu Danzig am 14. Februar.

Zwar nicht so überfüllt, wie bei der Versammlung am 24. Januar, aber doch in allen Räumen dicht gefüllt war gestern Abend der Schützenhausaal, als die freisinnige Partei einen Art Wahl-Appell im selben abhielt. Das Bureau der Versammlung bildete der vollenziehende Ausschuss des freisinnigen Wahl-Comites und der Vorsitzende des letzteren, Redakteur A. Klein, eröffnete die Verhandlungen präzise 8 Uhr mit einer etwa vierstündigen Ansprache, in welcher er zunächst kurz über die Schritte berichtete, die zur Ausführung des Beschlusses der Wähler-Versammlung vom 24. Januar, betreffend die Wiederauferstehung des Hrn. Schrader, bisher geschehen sind, namentlich die Bildung eines ca. 130 Personen starken Wahl-Comites und dessen Organisation. Redner hob hervor, daß es seinen Neigungen mehr entsprochen hätte, wie bisher seit fast 20 Jahren als schlichter Soldat an der gemeinsamen Sache mitzuwirken im Dienste der Partei, allein er habe den Auf der Parteigenossen auf den verantwortungsvollen Platz als Leiter der Geschäfte als eine „Gestaltungswürde“ betrachtet, der zu folgen er sich durch die jetzt in der freisinnigen Partei herrschende allgemeine Wehrpflicht verbunden erachtet habe. Sodann fuhr der Redner ungefähr wie folgt fort: Kleine acht Tage nur noch trennen uns von den schicksalswerten Entscheidungsfunden, in denen die Würfel für voraussichtlich mehrjährige Gesetzgebungsarbeit fallen werden. Ein heißer Kampf steht uns jetzt unmittelbar bevor. Da haben wir in Gemeinschaft mit unserem Kandidaten noch einmal Neuweih halten zu sollen geglaubt über die Situation und über die Richtung, in welcher wir den Kampf gegenwärtig zu führen haben. Bereitwillig wie immer, weder Anstrengungen noch Opfer scheuend, ist unser verehrter Kandidat unsererne Knie gejagt, ist er unter uns erschienen. Namentlich des Comites stellte er ihm herzlichen Dank dafür ab. In die Tagesordnung eintretend, bittet Redner die Versammlung sich auch diesmal gegenwärtig zu halten, daß der Centralvorstand der freisinnigen Partei die Wählerschaft aufgerufen habe zum Kampf „für Freiheit, Recht und Verfaßung in Treue zu Kaiser und Reich.“ Als wir vor 3 Wochen hier die Wahlcampagne begannen mit dem Ausdruck der Treue und Erfurcht für den allverehrten Greis, der hoch erhaben über allem Parteigebiete dasteht als des Reiches ruhmvoller Schirmherr, da mußten wir die Erfahrung machen, daß unsere conservativen Gegner sich herausnahmen, Censoren unserer Gefühle zu sein. In einem öffentlichen Presborgan, das mit wenig Verlust sich als Generalpädster der Loyalität geriert, wurde bemerkt, wir hätten durch unser damaliges Hoch auf den Kaiser nur beweisen wollen, daß uns der Patriotismus nicht gänzlich fremd sei.“ Eine Kritik dieser Auseinandersetzung erscheint überflüssig, denn sie trägt ihre Verurtheilung in sich selbst. (Zustimmung.) In harmonischem Zusammenspiel damit habe ein paar Tage darauf der Leiter der hiesigen conservativen Partei einer Versammlung seiner Genossen erzählt, wir (die Freisinnigen) hätten zwar auch ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht, aber „nur mit halbem Herzen.“ Die Conservativen hätten darauf unser Herz-Defizit gedeckt. Wir erachten es nicht unjeres Würde angemessen, darauf eine Antwort zu geben. Nur das möge sich der geehrte Herr Senator gesagt sein lassen, daß er noch ein viel zu großer Neuling in unserm politischen Leben ist, um uns und unsere Herzens-Angelegenheiten zu kennen. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu gehört denn doch eine etwas längere Schulung durch Mitarbeit in unserm öffentlichen Leben, als der Herr sie anzuhören hat. Freilich fassen wir die Treue zu Kaiser und Reich nicht so auf, daß wir verpflichtet wären, vor jeder uns präsentierten Regierungsmäßregel uns sofort tief zu verbügen, auch wenn man vielleicht ihren Inhalt und ihre Tragweite noch gar nicht kennt, oder sich nicht die Mühe giebt, sie kennen zu lernen, wie das gerade dem erwähnten Herrn Redner der Conservativen mit der Militär-Vorlage passirt sei, über die er seinen Zuhörern die abenteuerlichsten Dinge erzählt habe (nach den Berichten seines eigenen Organs). Wir rechnen zu den Aufgaben der Treue auch eine loyale Prüfung der Gesetzgebungsfragen und dann geben wir unsere Stimme ab nach bestem Wissen und Gewissen, wie es freien und rechtschaffenen Männern gejährt. Recht gegen Recht und Pflicht um Pflicht, in diesem Sinne üben wir Treue zu Kaiser und Reich. — Auch gegen die alberne Behauptung, daß wir die Grundlagen des Reichs erschüttern, seine Existenzbedingungen gefährdeten wollten, brauchen wir uns nicht erst zuverteidigen. Seit wann sind denn jene Herren, die uns das vorwerfen, die stützenden Säulen des angeblich wankenden Reichsbauens? Wie lange ist es her, seit bei ihnen der Reichsgedanke noch als Demagogenthum und Hochverrat galt? In unseren Reihen standen und stehen, so weit sie noch am Leben, die Männer, welche ihre Freiheit, ihre Existenz eingefordert haben für die Nahrung und Verbreitung der Idee des deutschen Vaterlandes, welche den Kampf geführt haben gegen die ganze Masse der deutschen Kleinstaaten zu einer Zeit, als das noch recht gefährlich war. Einer der Unseren, unser unvergesslicher Schulze-Delitzsch war es, der unausgesetzt seine mächtige Stimme erhob und immer auf's Neue mit seinem eindrucksvollen Wort hinwies auf den damaligen Jammer des deutschen Volkes über seine zerstörte Größe, seine geschändete Ehre. Und unsere conservativen Gegner, was haben sie aufzuweisen? In diesem selben Saale vernahmen wir vor wenig mehr als 20 Jahren, nachdem kurz vorher der deutsche Nationalverein in den Mauern unserer Stadt getagt hatte, aus dem Munde eines oft genannten Redners, des conservativen Schulrats Wantrup, das überraschende Wort, daß wir Danziger eigentlich gar kein Recht hätten, uns als Deutsche zu fühlen, denn Deutschland endet jenseits der Grenze von Hinterpommern. (Heiterkeit.) Und die Epigonen der Männer, die damals so sprachen, sie glauben das Recht in Anspruch nehmen zu können, Censoren unseres Treuegefühls für Kaiser und Reich zu sein! Nun, mögen sie auch ferner ihren Geschmack daran trachten; wir werden sie vorläufig nicht wieder dabei führen, nachdem wir ihnen einmal unsern Standpunkt klar gemacht haben. Hat auch die innere

Ausgestaltung des Reichs in dem letzten Jahrzehnt einen anderen Gang genommen, als wir es gewünscht haben, hat auch unsere Partei öfter, als ihr selbst lieb war, eingreifen müssen in das Schwund der Gesetzgebungsmaßchine, wenn deren Arbeit uns nicht zur Wohlfahrt des Volkes zu gereichen schien: dies und manche andere unlösliche Wahrnehmung wird aber niemals bei uns beeinträchtigen die Auffassung, daß wir in dem deutschen Reich die Träume von Jahrhunderten, die Ahnungen längst verbliebener Geschlechter, die dafür gestritten und gelitten, die dafür geblutet haben, verkörpert sehen. Dieser Auffassung Ausdruck gebend, stimmen wir, wie beim Beginn unseres Wahlfeldzuges so auch jetzt, angesichts des bevorstehenden Aufmarsches der Kampfcolonien ein in den Ruf: Die Vorziehung schüre und segne das deutsche Reich und seinen ruhmvollen Schirmherrn, den Kaiser!

Dreimal stimmte die Versammlung, sich erhebend, lebhaft in das von dem Redner ausgeschlagene Hoch ein. Dann nahm Hr. Director Schrader, den die Versammlung schon bei seinem Eintritt in den Saal mit Hochrufen und sonstiger Acclamation empfangen hatte, das Wort zu dem angekündigten, ca. einstündigen Vortrage.

Redner bemerkte einleitend, daß er aus dem den Ausführungen des Vorsitzenden gezollten lebhaften Beifall entnehme, daß die Versammlung guten Muttes in den Wahlkampf eingetreten sei. Er theile diesen guten Mut und werde darin bestärkt durch die Erfahrungen, welche er in den letzten Wochen gemacht habe. Die Unklarheit über die eigentlichen Ziele der Neuwahl verschwinde, man sehe, worauf es ankomme, und überall, auch in Kreisen, welche sonst der liberalen Sache nicht zugethan gewesen seien, sei es lebendig geworden. Das gebe die beste Hoffnung für einen Sieg. Redner wendet sich dann zu dem mehrfach gegen seine Person erhobenen Einwande, daß er als Reich-Danziger nicht vertreten werde, die besonderen Interessen der Stadt zu vertreten, und daß er als Anhänger einer Oppositionspartei bei der Regierung kein williges Gehör finden werde. In erster Beziehung erwideret er, daß er bekanntlich eingetreten sei, als bei der vorigen Wahl in Folge der Verhinderung des Abgeordneten Rickert, eine Nachwahl in Danzig anzunehmen, für denselben schnell ein Erfolgmann habe geschafft werden müssen, und daß man dieses Mal bei der Auflösung die Parole „Wiederwahl“ für die beste gehalten habe. Er habe dem Vorstand erklärt, daß, so hoch die Ehre, die Stadt im Reichstag zu vertreten, auch von ihm geschäftet werde, er doch sehr damit einverstanden sei werde, wenn an seine Stelle ein Danziger Angehöriger der deutschfreisinnigen Partei trete, damit er dann an anderer Stelle wirken könne. Dies sei aber nicht zu machen gewesen, die Gesinnungsgenossen in Danzig hätten an seiner Kandidatur festzuhalten gewünscht (Zustimmung), und er habe geglaubt, sich ihrem Wunsche fügen zu müssen. — Die Frage, ob er die Interessen Danzigs zu vertreten wisse, würde er lediglich den Wählern überlassen und sich gar nicht darüber äußern, wenn er nicht die vorige Legislaturperiode bereits Abgeordneter für Danzig gewesen sei. So aber müsse er doch bitten, zu sagen, ob es denn an solcher Vertretung, sei es durch ihn selbst, sei es durch andere Abgeordnete der Partei gescheit habe. Er glaube nicht, daß man dies behaupten könne (Zustimmung); und so wolle er nur noch bemerken, daß es von großer Bedeutung sei, wenn der Vertreter eines Wahlkreises einer großen Partei angehöre, da diese dann für denselben mit eintrete. Er glaube, daß die Seestädte, welche durch Abgeordnete seiner Partei vertreten gewesen seien, sich nicht beklagen könnten, daß die wichtigen Interessen, welche sie an den Zoll- und Steuerfragen gehabt hätten, nicht genügend geltend gemacht seien.

Ein keiner Partei angehöriger Abgeordneter, und möge er auch noch so gut unterrichtet sein, werde übrigens, weil es ihm an Rückhalt fehle, für die Vertretung der Interessen seines Wahlkreises nur wenig leisten können. Wenn man aber gesagt habe, daß ein nicht zur Opposition gehöriger Abgeordneter eher etwas für Danzig erreichen werde, so enthalte das einen, gerade für diejenigen, welche die Ansicht ausgesprochen hätten, ehemaligen Vorwurf für die Regierung, welcher man damit beimesse, daß sie nicht — wie es richtig sei — auf die Gründe, sondern auf die Person Gewicht lege. (Lebhafte Bravo.)

Auf die allgemeinen Fragen übergehend, führte Redner etwa folgendes aus: Seitdem ich hier bei Ihnen war, haben große Kriegsbefürchtungen Deutschlands beunruhigt. Offizielle, conservative und national-liberale Zeitungen haben diese Befürchtungen erregt und namentlich auf dem Lande, wohin andere Zeitungen als Kreisblätter etc. selten kommen, eine noch heutige andauernde Angst vor dem unmittelbar bevorstehenden Ausbruche eines französischen Krieges erzeugt. Es ist eine Furcht bewirkt, welche Deutschland durchaus unwürdig ist. Wie anders war es im Jahre 1870, als doch die Gefahr größer erscheinen mußte. Damals konnte unser Kaiser in der Chronrede aussprechen, daß Deutschland dem schweren Kriege mit ruhigem Vertrauen entgegen sehe und demselben Gefühl könnte die Antwort-Adresse des Reichstages Ausdruck geben. Und heute, nachdem wir im Kriege von 1870 Sieger gewesen sind, sollten wir so angstfrei sein? Von allen Unterrichteten ist die Gefahr eines nahen Krieges in Abrede gestellt und sowohl von unserer als von französischer Seite ist versichert, daß man an keinen Angriff denke. Die Befürchtungen werden nun wohl allmählig verschwinden, aber sie haben unserm Erwerbsleben schweren Schaden zugefügt und viel Leid über viele Familien gebracht.

Man hat mit großer Geöffnetheit gesucht die Person unseres erhabenen Kaisers in den jetzigen Kampf hineinzuziehen. Das ist durchaus unzulässig; die Verantwortlichkeit für die Regierungshandlungen des Kaisers trägt nach der Verfassung der Reichskanzler und es ist bis vor Kurzem allgemeine Regel gewesen, daß der Name des Kaisers nicht in die Debatte gebracht werden dürfe. Niemand hat den zuerst wieder im Jahre 1881 gemachten Versuch schärfer verurtheilt als Rudolf von Bennigsen. Daß

man von conservativer Seite dieses thut, ist nicht mehr verwunderlich, aber sehr zu bedauern, daß „auch der liberale Wahlauftruf“, welcher hier in Danzig erlassen ist, dies thut. Wir wollen nicht, daß unser Kaiser, der, wie schon der Vorsitzende hervorgehoben, hoch über den Parteien steht und dem wir Alle ohne Unterschied der politischen Auffassung gleiche Verehrung zollen, überhaupt in den Streit hineingezogen werde, am wenigsten aber in den jeglichen erbitterten Parteidramen, und dies um so weniger, als es sich jetzt darum handelt, mit seinem Namen einen Mifterfolg der Regierung zu decken. Doppelt schlimm ist das Verfahren, eine die Wähler bewegende Frage zu einer persönlichen des Kaisers zu machen. Wenn man sich auf den Monarchen beruft, dann sollte es nur bei bedeutendem Erfolge geschehen, indem man ihm die Ehre giebt. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Parteigruppierung hier in Danzig ist im Ueblichen die alte. Centrum und Socialdemokratie sind wieder für sich am Platze, neu ist, daß wir jetzt einen liberalen Candidaten haben, der sich eifriger conservativer Unterstützung erfreut. Allerdings gehen seine Freunde und die Conservativen getrennt von einander, aber die letzteren leisten ihm die wesentliche Hilfe. Fraglich ist, ob in solcher Lage Herr Böhm sich seine Freiheit bewahren kann. Von seinen politischen Meinungen wissen wir nur wenig und ein sehr wichtiger Punkt ist nach dem bisher vorliegenden Erklärungen sogar zweifelhaft. Herr Böhm hat bestimmt ausgesprochen, daß er für das Septennat stimmen und daß er der freisinnigen Partei nicht beitreten werde; bezüglich seiner Stellung zur Steuerfrage liegen aber zwei verschiedene Auseinandersetzungen vor. Von conservativer Seite ist (nach dem Bericht des eigenen Organs der hiesigen Conservativen) gesagt, Herr Böhm habe die Bewilligung der Mittel zur Deckung der durch die Militärvorlage veranlaßten Mehrausgaben in einer ausführbaren, mit den Grundsätzen der conservativen Partei verträglichen Art und Weise zugesagt, während er nach der Veröffentlichung seines Comitess erklärt hat, sich über diese Frage nicht äußern zu können, weil er die bezüglichen Vorlagen der Regierung nicht kenne, übrigens kein prinzipieller Gegner der indirekten Besteuerung zu sein. Dieser Unterschied bedarf noch der Auklärung. Von der Reichseinkommensteuer, welche bekanntlich von unserer Seite vorgebracht wurde, ist in beiden Erklärungen nicht die Rede, obwohl dazu alle Veranlassung war. Denn es ist von uns stets erklärt, daß dieser Antrag von uns nicht fallen gelassen werde, daß wir ihn im Gegenteile, mögen wir zu vielen oder zu wenigen in den Reichstag kommen, wieder aufnehmen und mit aller Kraft verfolgen werden, denn es entspricht der Gerechtigkeit, daß wenn jetzt eine namhafte Erhöhung der Militärlast eintrete, nicht auch die Kosten denjenigen ausgelegt werden, auf deren Schultern die Vermehrung der persönlichen Last gelegt wird, daß vielmehr jene von den Wohlhabenden getragen werden müssen. (Zustimmung.) Diesem Antrag scheint Herr Böhm nicht geneigt zu sein. Wenn er übrigens kein prinzipieller Gegner der indirekten Besteuerung ist, so wird er sich wohl, wie die Umstände liegen, zu sehr erheblichen Erhöhungen der selben herablassen müssen.

Der liberale Wahlauftruf enthält übrigens Manches, was mit dem Liberalismus schwer zu vereinigen ist. So spricht er von dem Reichstag, nur um ihn anzugreifen. Wo von den hauptsächlichen Institutionen des Reiches die Rede ist, fehlt der Reichstag, der doch die nothwendigste und wichtigste Grundlage der Einheit Deutschlands ist, nur die Regierung und das Heer werden angeführt; wo der Reichstag steht, sollte, da sind „unantastbare Volksrechte“ gesetzt. Wie ist aber mit dieser Hervorhebung der unantastbaren Volksrechte die in dem Aufrufe so scharf betonte Furcht vor „Conflicten“ zu vereinigen? Ein Conflict heißt doch nichts anderes als eine Verlegung der Verfassung, der Volksrechte. Einen Verfassungsbruch sollen wir nicht fürchten, sondern ihm kräftig entgegen treten; das ist die Aufgabe insbesondere des Reichstages. Und wie ist diese Furcht vor einer Verlegung der Verfassung zu vereinigen mit der Erfurcht vor dem Kaiser und der Hochachtung vor dem Kanzler? Wir trauen ihnen nicht zu, daß sie die Verfassung verlegen könnten. Man begründet wohl diese Conflictsfurcht mit dem Hinweis auf die Vorgänge in den sechziger Jahren; man sieht in dem Ausgang des damaligen Streites eine schwere Niederlage der Gegner der Regierung.

Ohne großen Nutzen ist übrigens dieser Kampf nicht gewesen. Das treue Festhalten des preußischen Abgeordnetenhauses hat uns und dem Liberalismus damals in ganz Deutschland Freunde gewonnen und damit zu der Einigung Wesentliches beigetragen; bei den Regierungen ist dadurch die Überzeugung erwacht, daß das deutsche Reich ohne eine freie Verfassung nicht möglich sei und so sind sie bereit gewesen, der jetzigen Reichsverfassung zugestimmen. An die Liberalen des preußischen Abgeordnetenhauses schlossen sich diejenigen in dem übrigen Deutschland an und bildeten mit ihnen die große Partei, welche für die erste Gestaltung des Reiches von so großer Bedeutung gewesen ist. Natürlich ist aber ein Conflict unter allen Umständen bedauerlich; wir wünschen ihm bei der jetzigen Militärvorlage gewiß nicht und eben deshalb sind wir der Regierung so weit als möglich entgegen treten; uns der Anerbieten ist aber von dieser zurückgewiesen. Wie übrigens ein Conflict jetzt kommen soll, ist mir unerfindlich; die jetzige Präsenzstärke ist durch ein unzweckbares gültiges Gesetz bis zum 1. April 1888 festgesetzt. Bis dahin ist es also garnicht möglich, eine Lücke zu finden und die Theorie anzuwenden, welche der Reichskanzler in dieser Beziehung aufgestellt hat. Es wäre eine offensbare Gesetzesverlegung notwendig, und diese trauen wir der Regierung nicht zu.

Auf die Militärvorlage selbst will ich nach den ausführlichen Auseinandersetzungen, welche in der vorigen Versammlung von Herrn Rickert und mir gemacht sind, nicht weiter eingehen; nur einige Erwiderungen auf die von anderer Seite uns ge-

machten Vorwürfe sind notwendig. Der conservativen Wahlauftruf macht uns „bewußte Unwahrheit“ zum Vorwurf, wenn wir behaupteten, Alles, was die Regierungen gefordert hätten, bewilligt zu haben. Wir hätten zuerst versucht, eine Reduktion der Forderungen herbeizuführen — das ist durchaus richtig und es war unsere Pflicht gegenüber der Höhe der selben — und hätten, uns erst als die Regierungen sich dagegen erklärt hätten, zu der vollen Bewilligung bereit gefunden lassen. Auch das ist richtig und ich meine, man sollte es uns gerade als Opferwilligkeit anrechnen, daß wir über unsere Überzeugung hinausgegangen sind, als die allgemeine Lage und die militärische Autorität dies zu erheben schien. Wie kann man nun gar ein ehrliches Anerbieten, das nur der Annahme von Seiten der Regierung bedurfte, eine „Komödie“ nennen? (Lebhafte Zustimmung.) Gänzlich unrichtig ist, daß, wie der conservative Wahlauftruf behauptet, die Abstimmung am 14. Januar deshalb eine Komödie gewesen ist, weil in dritter Lesung die Vorlage doch abgelehnt wurde. Es ist vielmehr durchaus anzunehmen, daß sich auch in dieser eine Mehrheit, wie in der zweiten Lesung gefunden hätte, ja es war möglich und ist jetzt fast wahrscheinlich geworden, daß in dritter Lesung die Regierungsvorlage unverändert angenommen wäre, da der jetzt bekannt gewordene Brief des Papstes leicht eine entsprechende Wirkung auf das Centrum hätte haben können. Man könnte jetzt fast glauben, daß die Auflösung erfolgt sei, um die unveränderte Annahme zu verhindern.

Der conservative Wahlauftruf führt als Grund der Auflösung an, daß die Regierungen eine Bloßstellung der Nation vor dem Auslande durch einen gänzlich ablehnenden Beschluß haben verhindern wollen. Das ist unrichtig, denn die Auflösung wurde immer damit begründet, daß ein solcher Beschluß zu erwarten gewesen wäre; außerdem aber lag es ja durchaus in der Hand der Regierungen, durch Annahme unseres Vorschlags diesem eine sehr große Mehrheit zu sichern, da dann Conservativen und Nationalliberalen zugesagt haben würden.

Redner wies dann noch darauf hin, daß für eine nahe Kriegsgefahr die Vorlage von sehr geringer Bedeutung gewesen sein würde, daß das Septennat keineswegs eine dauernde Einrichtung sei, sondern mit Ablauf der bestimmten Zeit aufhört und führ dann fort: In öffentlichen Bekanntmachungen, welche so viel ich weiß, auch hier erfolgt sind, wird vor der Verabsichtung gewarnt, daß unter Septennat eine siebenjährige Dienstzeit zu verstehen sei, daß die bisher dreijährige Dienstzeit in eine siebenjährige umgewandelt werden solle. Diese Behauptung habe ich zuerst in der Bekanntmachung eines Landrates im Westen erwähnt gefunden, aber weder in diesem noch, so viel ich mich erinnere, in irgend einem anderen Falle hat eine Person namhaft gemacht oder ein Schriftstück bezeichnet werden können, von welcher oder in welcher dieselbe gethan sei. Wenn aber eine solche Meinung hier oder da ausgesprochen sein sollte, was ja möglich ist, wer trägt dann daran die Schuld? Doch nur der Umstand, daß man einen ganz unverständlichen Ausdruck gebraucht, wie dies fast bei allen militärischen Bezeichnungen der Fall ist. Freilich hätte man dem Volke gesagt, es handele sich darum, ob die Heeresverstärkung auf 3 oder 7 Jahre bewilligt werden solle, so würde man damit keinen Eindruck gemacht haben, während wenn man von der Ablehnung des Septennates spricht, der Glauben erweckt wird, als wird die ganze Vorlage abgelehnt.

Redner weist alsdann auf den wesentlichen Unterschied hin, welcher zwischen einem imperativen Mandat, d. h. der den Abgeordneten von den Wählern aufgelegten Verpflichtung für oder gegen bestimmte Vorlagen etc. zu stimmen und der Verpflichtung des Abgeordneten auf ein Programm besteht. Dieses bezeichnete nur die Grundsätze, zu welchen sich ein Abgeordneter selbst befenne, und er müsse erwarten, daß die Wähler ihm das Vertrauen schenken, daß er an diesen Grundsätzen festhalten werde; eine unzulässige Verpflichtung den Wählern gegenüber enthalte ein Programm nicht. Die Erklärung einer zu erwartenden noch nicht einmal bekannten Vorlage zuzustimmen, sei etwas ganz anderes; daß die Militärvorlage in eben der Gestalt wie das vorige Mal eingebracht werde, erscheine ihm noch gar nicht sicher; es sei nicht unmöglich, daß sie auf Grund der stattgehabten Verhandlungen manche Änderungen entalte. Um so unzulässiger sei natürlich eine auf dieselbe bezügliche Verpflichtung eines Abgeordneten.

Die Militärvorlage — führ Redner dann fort — ist bei weitem nicht der wichtigste Gegenstand, welcher den nächsten Reichstag zu beschäftigen haben wird. Sie dient aber demselben Zwecke, der bei früheren Wahlen andere Dinge zu erfüllen gehabt hat. Die Aufmerksamkeit der Wähler wird auf solche weniger wichtige Punkte ausschließlich gelenkt, um sie von den eigentlichen Hauptfragen abzuziehen. So war es 1878 mit dem Socialistengesetz; den gleichen Dienst hat 1884 die Colonialpolitik und das Hezen gegen unsere Partei und namentlich gegen gewisse hervorragende Personen derselben leisten müssen. Dahinter aber stand die Einführung und dann die enorme Erhöhung der Zölle-Steuern, das Branntweinmonopol u. dgl. Ebenso ist es heute. Die Militärvorlage soll eine neue große Erhöhung der indirekten Steuern, soll die beabsichtigte Vollendung der begonnenen Pläne auf wirtschaftlichem und steuerlichem Gebiete verdeutlichen. Das sollten namentlich die Danziger Wähler bedenken; wer in diesem Augenblick die freiheitliche Partei schwächt, leistet einer Wirtschafts- und Zollpolitik Vorwurf, welche nicht in Danzigs Interesse liegt. Ein einzeln stehender, für seine Person noch so freihandlerisch gekenneter Mann wird in diesen Fragen ohne Bedeutung sein. Auch die der nationalliberalen Partei angehörigen Freihändler haben für ihre Meinung sehr wenig leisten können, weil sie durch die Angehörigkeit zu einer Partei gebunden waren, in welcher die entgegengesetzte Ansicht stark vertreten war, so daß dieser Rechnung getragen werden mußte.

Daß Alles aufgeboten wird, um jetzt einen zur Vollendung des 1878 begonnenen Werkes willfährigen Reichstag zu bekommen, zeigt auch die Beurteilung, welche die bekannten päpstlichen Briefe finden. Welchen Einfluß die Katholiken denjenigen auf ihre Entschließung gewähren wollen, das haben wir ihnen zu überlassen, aber es ist klar, daß die Aeußerungen des Papstes benutzt werden sollen, um das Centrum zu sprengen, um von demselben einen Theil abzusprengen, der ganz conservativ und der Regierung ganz ergeben sein würde, mehr vielleicht noch als andere Conservative, da er wahrscheinlich nicht die frühere Unterstützung der Katholiken hätte und deshalb innerlich schwach wäre. Von diesem Theil des Centrums glaubt man dann eine Unterstüzung namentlich bei Monopolplänen und bei Versuchen zur Aenderung der Verfassung finden zu können. Ob der Versuch gelingt, kann ich nicht wissen, gemacht wird er. Die ganze Behandlung der päpstlichen Kundgebung können weder die Katholiken noch wir billigen. Die Verbindung zwischen politischen und religiösen Fragen ist auch vom katholischen Standpunkte aus bedenklich, denn es führt dahin, daß die religiöse Freiheit in Abhängigkeit von dem politischen Verhalten gebracht wird, es bringt die Gefahr mit sich, daß die auf religiösem Gebiete gewährten Rechte wieder entzogen werden können um politischer Grunde willen. Das ist aber durchaus unzulässig, religiöse Fragen müssen ganz unabhängig von politischen behandelt, religiöse Freiheit muß gewahrt werden, weil es Recht ist.

Die Nationalliberalen sind für diesen Wahlkampf in enge eine Verbindung getreten; sie hoffen dabei heimlich, für sich gute Geschäfte zu machen, eine große Anzahl Mandate zu erobern. Sie werden sich täuschen, denn den Conservativen dürfen sie nichts abnehmen und weder bei dem Centrum noch bei uns ist viel zu holen. Aber die Versuche das Centrum zu sprengen, haben den Zweck dem Reichskanzler auf alle Fälle neben einer etwaigen conservativ-national-liberalen, auch eine ganz sichere Majorität der Conservativen mit dem abgesprengten Theile des Centrum zu verschaffen. Die Herren v. Bennigsen und Miguel, welche gerade den jetzigen Augenblick für geeignet gehalten haben, werden vielleicht bald erfahren, daß sie als überflüssig bei Seite geschoben werden.

Die Vermehrung der indirekten Steuern um mehrere Hunderte von Millionen, das ist ein Hauptzweck des nächsten Reichstages. Auch hier versucht man wieder die Aufmerksamkeit abzulenken. Man sagt, der Reichskanzler habe im Abgeordnetenhaus erklärt, Monopole würden nur im Falle eines unglücklichen Krieges kommen; damit denkt man die Monopolfrage bei Seite zu schließen und von der Steuer-Erhöhung spricht man nicht. Aber der Reichskanzler ist nicht so unvorsichtig gewesen, er hat nur den Fall bezeichnet, in welchem nach seiner Meinung die Monopole sicher kommen, ohne zu behaupten, daß sie in andern Fällen nicht kommen würden. Wie dem indessen sein möge, das Eine ist sicher, daß eine starke Erhöhung der indirekten Einnahmen beabsichtigt wird und notwendig ist, wenn nicht die ganzen lange verfolgten und immer festgehaltenen Steuerpläne der Regierung ausgegeben werden sollen, woran nicht gedacht wird. Nicht bis für die neuen Militärausgaben, auch für das somit schon vorhandene Deficit im Reich, für die Erhöhung der Befolklungen der Reichs- und Landesbeamten, für die Überweisung eines Theiles der Grundsteuer an die Communen und für viele andere Ausgabeerhöhungen und Steuer-Umwandlungen in Preußen sollen die Mittel geschafft werden durch indirekte Steuern und die Hauptobjekte derselben werden Tabak und

Branntwein sein. Ob die Besteuerung derselben den Namen und Form des Monopols tragen wird, oder nicht, in jedem Falle werden sie so gestellt werden, daß sie vorzugsweise die Aermern treffen und was den Branntwein betrifft den großen Brennern neue große Vortheile gewähren. Auch wir sind für eine höhere Branntweinbesteuerung, aber nicht zu den Zwecken, welchen die Einnahmen aus denselben nach Ansicht der Regierung dienen sollen, sondern wesentlich zu dem Zwecke der Erleichterung härter drückenden indirekten Steuern und in einer Form, welche nicht wieder ohnehin bevorzugten neue Vorzüge gewährt.

Daß die verfassungsmäßigen Rechte, daß namentlich das Wahlrecht in dem nächsten Reichstage gefährdet sein wird, ist nicht in Abrede zu stellen. Man leugnet jetzt, daß das allgemeine u. Wahlrecht angetastet werden solle. Aber das ganze Verhalten gewisser Kreise gegen die Ausübung des Wahlrechtes, namentlich der ärmern Klassen zeigt, daß sie ein wirklich freies und geheimes Wahlrecht nicht wollen, jeder weiß in welcher Weise von gewissen Seiten die Wähler zu beeinflussen versucht werden.

Gewiß wird man dann das jetzige Wahlrecht nicht antasten, wenn es das gewünschte Resultat hat, d. h. einen gefügigen Reichstag liefert, wenn aber nicht, so ist drohende Gefahr vorhanden.

Man leugnet das Vorhandensein einer Reaction, während sie doch in vollstem Umfange da ist. Das beweisen die zahlreichen Rechtsbelästigungen liberaler Communalbeamten, die Handhabung des Sozialistengesetzes, die Angriffe auf die Coalitionsfreiheit, auf das Vereinswesen der Arbeiter, auch der nicht socialdemokratischen und viele andere.

An die Stelle der verfassungsmäßigen Mitwirkung des Volkes möchten manche gern wieder die Entscheidung der Regierung allein setzen; ihre Weisheit und Autorität wird stets dem Reichstage entgegen gesetzt; man könnte sich wieder in die Zeiten des beschränkten Unterthanenverstandes zurückversetzt fühlen. Der Liberalismus wird unter diesen Umständen einen schweren Stand haben. Nichts ist deshalb unrichtiger als Spaltungen in ihm herbeizuführen.

Heute hat er gleiches Recht für Alle zu vertheidigen, heute gilt mehr als je der Ruf: Auf die Schanzen. Das Bürgerthum ist besonders zu dieser Vertheidigung berufen; es muß in diesem Kampfe der Arbeitern zeigen, daß es zu ihnen steht in der Vertheidigung des Rechtes; in dem Kampfe gegen die Vorzugung gewisser Klassen auf allen Gebieten sind ihre Interessen dieselben. Namentlich sollte unser Danziger Bürgerthum dies beherzigen, da hier glücklicherweise noch gute Beziehungen zwischen ihm und den Arbeitern bestehen. Und so bitte ich Sie, m. H., halten Sie treu zur liberalen Sache, wählen Sie entsprechend.

Freilich spreche ich damit gewissermaßen in meinem Interesse, aber Sie wissen, daß diejenigen, welche für unsere Partei gewählt werden, wenig Freude von der Ausübung ihres Mandates zu erwarten haben werden; es ist nicht die Person, es ist die Sache, um welche es sich handelt. Darum bitte ich, bleiben Sie bei der bevorstehenden Wahl treu der alten Fahne, halten Sie fest an unserer guten Sache!

Ein Minuten langer, immer wieder erneuter, Beifallsturm legte Bezeugnis davon ab, wie nachhaltig die Ausführungen des Hrn. Schrader auf die Hörer gewirkt hatten. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß er den Eindruck dieser Ovation nur abschwächen würde, wollte er derselben noch ein Wort des Dankes hinzufügen. Die Versammlung habe

ihrem Danke gegen Hrn. Schrader selbst den bedeutendsten Ausdruck gegeben. Der Vorsitzende theilt sodann mit, daß Herr Rickert durch eine sehr anstrengende Vortragsreihe in verschiedene Wahlkreise zu seinem Bedauern behindert sei, der heutigen Versammlung beizuhören, daß Herr R. jedoch voraussichtlich bei der am Sonnabend, wo sich die freisinnige Partei wieder im Schützenhaus zu versammeln gedenkt, unter seinen Mitbürgern erscheinen werde. (Lebhafte Bravo!) Der Beratung des Abgeordnetenhauses bis nach der Wahl verdanken wir es aber, daß wir unseren Landtags-Abgeordneten Herrn Steffens heute in unserer Mitte begrüßen können.

Herr Otto Steffens, der demnächst (von der Versammlung ebenfalls lebhaft begrüßt) das Wort nahm, erklärte: er komme direkt von Berlin her in diesen Saal, um seinen Mitbürgern bei der Wahlthätigkeit einen Gruß darzubringen. Sie sehen, m. H., daß ich noch nicht „umgefallen“ bin. (Sturm. Bravo!) Ich stehe noch auf demselben politischen Standpunkte, auf dem ich immer gestanden seit 26 Jahren, wenn auch die Parteibezeichnungen sich inzwischen geändert haben. Seit ich zur Wahrnehmung meiner Abgeordnetenpflicht Danzig verlassen habe, hat sich ja auch hier ein eigenartiges Ereigniß vollzogen. Eine Anzahl Herren, die sich als „Liberale“ vorstellen, hat einen Wahlauftritt zur Empfehlung der Candidatur des Herrn Commerzienrath Böhm erlassen. Wenn sich alle diese Herren heute noch als „Liberale“ bezeichnen, so sei das eine Umschreibung der Wahrheit; mehrere derselben hätten, wie Redner zufällig genau zu wissen glaube, schon vor 2½ Jahren für den damaligen conservativen Candidaten gestimmt. Wie diese Herren dazu kommen, sich als Liberale zu betrachten, sei ihm unerklärliech. Das gelte jedoch durchaus nicht von allen Unterzeichnern des „Liberalen Wahlauftritts.“ Der Eintritt eines Theiles derselben in diese ihm unverständliche Bewegung erscheine ihm schmerzlich und bedauerlich, da er ihnen nicht absprechen wolle, daß sie bisher liberalen Anschauungen gehuldigt. Um so unbegreiflicher erscheine es ihm, wie diese Mitbürger sich für ein politisch so verschliefstes Unternehmen, das nur den Conservativen zu gut kommt, hätten engagieren können, denn das müsse doch jeder einsichtige Liberalen sich sagen, daß die Reichstags-Auflösung nicht wegen des Triennats und auch nicht wegen des Septemnats, sondern in Wirklichkeit aus ganz anderen Gründen, die mit der Militär-Vorlage nichts zu schaffen haben, erfolgt sei. Herr Schrader habe ja in seinem gehaltvollen Vortrage die hierbei hauptsächlich in Betracht kommenden Gesichtspunkte so klar dargelegt, daß er kaum noch etwas Wesentliches hinzuzufügen habe. Wäre es der Regierung um die Militär-Vorlage zu thun, denn hätte sie doch wenigstens die dritte Lesung abgewartet, welche ja für sie erst „Beschlüsse“ des Reichstages zeitigte. Da man aber glaubte, daß der Jacobinische Brief beim Centrum vielleicht eine Wirkung haben könnte und dieses vielleicht zum Theile bei der dritten Lesung für das Septemnus stimmen würde, so gehabt bereits die Auflösung bei der zweiten Lesung, um so eine geeignete Wahlparole zu haben und die conservative Partei zu stärken. Schon vor zwei Jahren habe der Minister v. Puttkamer bei Gelegenheit des Sternschen Antrages im Abgeordnetenhaus sich ganz offen dorthin ausgesprochen, daß die Regierung ernstlich überlege, ob sich nicht die Abschaffung des geheimen Wahlrechts empfehle. Sobald nur irgend ein gefügiger Reichstag zu haben ist, so wird diese Frage wohl energisch in Angriff genommen werden. Ebenso werden neue Steuervorlagen wieder gemacht werden,

die dem Volke, und zwar hauptsächlich den armen Klassen, hunderte von Millionen auferlegen werden; ob diese nun in Form von Monopolen oder Steuern erhöhung aufgebracht werden, ändert die Sache nicht wesentlich. Wenn Sie also, m. H., solche Erklärungen von Steuern nicht wollen und wenn Sie keine Einschränkungen wichtiger Volksrechte wünschen, so wählen Sie am 21. d. Mts. keinen Herrn der Gegenpartei, sondern wählen Sie einstimmig Herrn Schrader. (Lebh. Bravo!)

Nachdem der Vorsitzende dann noch mittheilt hatte, daß es sich bei der Aufführung des Hrn. Schrader in Wolfenbüttel, die vielleicht wieder die Gegner als Agitationsmittel gegen Hrn. Schrader benutzt werden würde, nur um eine sog. Zähl-Caducatur handle, daß Herr Schrader nicht daran denkt uns Danziger unten zu werden, wenn wir ihn nur treu bleiben, was Redner zuversichtlich hofft, richtete Hr. Simson eine kurze zündende Anfrage ungefähr folgenden Inhalts an die Versammlung: Angesichts der Verhältnisse, in denen wir hier leben, ist es Pflicht eines jeden freisinnigen Mannes, offen und ehrlich Farbe zu bekennen und in diesem Sinne auch zu wirken. Der Abfall der ursprünglich 18 Herren Secessionisten (jetzt sind es nur 17) hat hier viel Staub aufgewirbelt und Aufgangs an die Befürchtungen hervorgerufen. Aber gleichzeitig ist die Bewegung grundlos gewesen, sie ist zweifellos auf dem Niveau geblieben, wo sie ausging, und die Verquellung der sogenannten liberalen Richtung mit der conservativen Partei hat uns allen gezeigt, was wir von der ganzen Sache zu halten haben. Deshalb kann es hier nicht oft genug hervorgehoben werden: wer den gegnerischen Hrn. Candidate wählt, der handelt nicht im Interesse des Liberalismus, hat der Abfall auch nichts Besonders gezeigt, hat er unserer freisinnigen Partei insfern genützt, als er uns alle zu erneutem Eifer und zu größerer Thatkraft anspornite. In allen Schichten unserer städtischen Bevölkerung wird diese Thatkraft laufen und es herrscht überall eine begeisterte Stimmung für unsere freisinnigen Bestrebungen. Das hat uns der Abfall der obigen Herren gebracht, daß wir statt läpler und gleichgültiger, eine Menge begeisterter Anhänger gefunden haben. Denn wir kämpfen für eine gute und gerechte Sache. Unsere Vertreter im Reichstage, die in wahren Heldenmuth die Freiheiten unseres Volkes vertheidigt haben, sie können und werden wir nicht fallen lassen. Und so wollen wir mit erneuter Kraft weiter arbeiten, und, wie wir alle am 21. Februar unsere Stimmen vereinigt für unsern bisherigen Reichstagsabgeordneten abgeben werden, so wollen wir auch heute schon als Zeichen unserer treuesten Überzeugung und als Ausdruck unserer größten Hochachtung unsere Stimmen vereinigen zu dem nächstekommenden Aufe: „Unter verehrter Reichstagsabgeordneten, Herr Schrader, er lebe hoch!“

Auch dieses Hoch fand begeisterten Widerhall. Der Vorsitzende richtete dann an die Versammlung die Bitte, aus dringenden Gründen der Zweckmäßigkeit von einer weiteren Diskussion, zu der noch drei Redner der freisinnigen Partei und einer der socialdemokratischen Partei gemeldet hatten, stand zu nehmen, was auch von allen Seiten bereitwillig gejagt, und er schloß demnächst die sehr ruhig und animirt verlaufene Versammlung mit der erneuten Mahnung, dafür zu sorgen, daß am 21. Februar die 38 Wählercompagnien unserer Stadt energisch in Tritt kommen und geschlossen und wohlorganisiert aufmarschiren.